



Von den Parteien haben eigentlich nur die Konservativen die Hilfe des Reichsverbandes gern angenommen. Er ist ja auch Fleisch von ihrem Fleisch, ein Helfer für die Reaktion auf jeden Fall. Für Parteien, die liberal sind oder sich doch wenigstens so nennen, ist aber die Hilfe des Reichsverbandes immer geneigter und kompromittierender gewesen. Jetzt glaubt er offenbar, durch seine Aufdringlichkeit die Liberalen ganz in seinen Bann zu ziehen zu können. Seine Mittel sollen vor allem denen zugute kommen, die sich für die Stichwahl von vornherein gegen die Sozialdemokratie verpflichten. Und die Fortschrittler droht er mit der Sozialdemokratie in einem Kopf zu werfen, wenn sie ein offizielles Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie eingehen. Ein solches könnte eventuell nur für die Stichwahlen in Frage kommen, und wenn die Situation sich danach gestalten sollte, so dürften selbst die Fortschrittler durch den angebrachten Zorn des Reichsverbandes sich davon nicht abhalten lassen, wenn sie es ernst meinen mit dem Kampf gegen die Reaktion. Was der Reichsverband ihnen anbietet, haben Konservative und Agrarier ihnen schon vorher verheißt. Die vom Reichsverband unterstützte „Sammelpolitik“ ist eben nichts anderes als Politik zugunsten der Konservativen.

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Dienstag setzte das Haus die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung bei dem Abschnitt Tarifreform fort. Unser Genosse Leinert unterzog die Tarifpolitik der Regierung an der Hand amtlichen Materials einer scharfen Kritik. Er wies nach, daß sich die Überschüsse in der Hauptsache aus den beiden untersten Wagenklassen resultierten, während die Überschüsse aus der ersten Klasse zurückgegangen seien. Er forderte Beseitigung der ersten und auch der vierten Klasse. Sollte letzteres nicht möglich sein, müßten in der vierten Klasse wenigstens menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Den Schluß seiner Ausführungen bildete ein Appell an den Minister, sich endlich als ein Minister für Verkehrs- und Sozialpolitik zu zeigen, während er bisher ein Minister für verkehrte Sozialpolitik gewesen sei. Aus der Antwort des Ministers v. Breitenbach ging hervor, daß an Reformen nicht zu denken ist und daß auch die vierte Klasse beibehalten werden soll.

Bei der Beratung des Abschnitts Arbeiterfragen hielt der Zentrumsabgeordnete Beyer, ein sogenannter Zentrumsarbeiter, eine Rede, in der er sich nicht etwa für die Interessen der Arbeiter aussprach, sondern dem Minister im Namen der nationalen Arbeiter für das, was er angeht für die Arbeiter getan habe, Dank aussprach und ihr gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie scharf machte. Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

### Wahlprophetisierungen.

Die „Nationalzeitung“ veröffentlichte in der Neujahtsnummer eine Sammlung von Prophetisierungen über den Ausfall der Reichstagswahlen. In Nr. 44 vom 21. Februar wird mit dem Spiel fortgesetzt. Auch Schell hat unter ausdrücklicher Verwahrung dagegen, daß er prophetisieren wolle, seine Meinung beigesteuert; er sagt:

„Ich habe natürlich den dringenden Wunsch, daß meine Partei bei den Wahlen glänzend abschneide, aber zu der hohen Mandatszahl, die uns Sozialdemokraten geneigliche Blätter als sicher in Aussicht stellen, verweigert sich mein Optimismus nicht.“

Der nationalliberale Abg. Weber meint, die liberalen Erfolge hängen lediglich von der liberalen Wahlarbeit ab; sei der Liberalismus einig, könne er mit Ruhe den Wahlen entgegensehen.

„Deshalb sollten die unglückseligen kleinlichen Reibereien der liberalen Gruppen untereinander, die so oft auf persönlicher Eitelkeit provinzieller Führer, seltener auf tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten beruhen, hinter den großen Gedanken zurücktreten, daß nur ein einiger Liberalismus in der Lage ist, das durch die Schuld anderer Parteien hervorgerufene Bordrängen der Sozialdemokratie wirksam aufzuhalten. Der Liberalismus steht vor dem vielleicht wichtigsten Wendepunkt seiner Geschichte.“

Ein ungenannter hessischer Zentrumsabgeordneter betrachtet die Wahlausichten in Hessen-Nassau:

„Wie sich die künftige Vertretung gestalten wird, hängt davon ab, ob die Linke bei den Stichwahlen mit den Sozialdemokraten oder mit den anderen bürgerlichen Parteien sich verständigen wird.“

Im ersteren Falle würde die Wirtschaftliche Vereinigung die schwersten Verluste erleiden, die Sozialdemokratie den Hauptvorteil haben, es käme dann etwa folgende Verteilung heraus:

Soz. Freiz.	Natlib.	Zentrum	Ref. u. Birtsch.	Bg.
13	0	4	2	4

Im andern Falle, d. h. wenn die bürgerlichen Parteien bei den Stichwahlen zusammen gegen die Sozialdemokratie gehen, würden erhalten:

Soz. Freiz.	Natlib.	Zentrum	Ref. u. Birtsch.	Bg.
0	2	8	5	8

Für die Sozialdemokraten steht also am meisten bei der Sache auf dem Spiel, da sie bei lokalem Zusammengehen der bürgerlichen Parteien im genannten Bezirk überhaupt kein Mandat erhalten, andernfalls mehr als die Hälfte aller Mandate.

Die Sozialdemokratie hat jetzt sechs Mandate im Besitz.

Interessanter als diese Prophetisierungen ist ein Trostartikel für die Konservativen, in dem die klerikale „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 151 vom 20. Februar) dem treuen Blockbruder vorrechnet, daß er eigentlich recht gute Chancen habe und garnicht so betrübt dem Wahlkampf entgegenzutreten brauche. Der Wahlstatistiker des Zentrums unterzieht die Wahlkreise, die die Konservativen früher schon einmal im Besitz gehabt oder in denen sie in die Stichwahl gekommen sind, einer Prüfung auf die Möglichkeit eines Sieges hin. Das Resultat seiner Untersuchungen ist nicht gerade sehr ermunternd, aber er glaubt doch, daß sich ohne hoch zu rechnen, die Zahl von etwa 20 Kreisen ergebe, meist gegenwärtig liberal vertreten.

In denen die Konservativen mit guten, teils sehr guten Ausichten auf Neuerwerbungen in den nächsten Wahlkampf ziehen.

Betrachtet man aber die Verhältnisse in den letzten konservativen Tagen, so dürfen wenigstens 30 bis 35 schon in der Hauptwahl für die Konservativen gesichert gelten. Dazu dürften die Konservativen doch auch noch verschiedene ihrer jetzigen Mandate in der Stichwahl behaupten, so daß wohl etwa 40 jetzige konservative Kreise der Rechte erhalten bleiben dürften. Kommen dazu alsdann noch einige Neuerwerbungen, dann dürften die Konservativen ohne große Schwächung in den Reichstag zurückkehren. Dann aber wären schon alle liberalen Hoffnungen und Träume zerstört, der Liberalismus in das der konservativen Partei gegrabene Grab gesunken. Wenn da ein starker Versuch liberaler Mandate an die Sozialdemokratie bombensicher ist, bestand bisher für die Liberalen nur der eine Trost, daß Träumereien über Schabloshaltung durch Eroberung konservativen Terrains wohlfeil sind.

Zum Schluß sei noch dem Propheten Lattmann das Wort gegeben; dieser antijemittische Abgeordnete hat in einer Versammlung in Halle erklärt:

„Jetzt, nachdem das Tisch Tuch zwischen rechts und links durch das Redubell Schiffer-von-Heydebrand endgültig zerschnitten sei, müsse man ernstlich damit rechnen, daß die Sozialdemokratie allein aus diesem unseligen Zwist einen Gewinn von achtzig Sitzen buchen werde, während die Rechte und die bürgerliche Linke gleichmäßig je 40 Mandate verlieren würden.“

### Die Versicherung der Privatbeamten.

Es hat den Anschein, als ob die Schaffung dieser dringend notwendigen Versicherung noch geraume Zeit auf sich warten lassen werde. Der Entwurf, über den sich die Interessenten jetzt streiten, ist keineswegs etwa eine Vorlage an Bundesrat und Reichstag, sondern nur ein Vorentwurf, der die Regierung zu garnichts verpflichtet. Dieser Vorentwurf muß nun im Reichsamt des Innern erst umgearbeitet werden, dann geht er an die einzelnen Regierungen, von dort aus an den Bundesrat und dann erst an den Reichstag. Die antijemittischen Quertreibereien dürften einer baldigen Erledigung der Materie auch nicht gerade förderlich sein. Jedenfalls ist es sehr fraglich, ob das Gesetz noch in diesem Reichstage zustande kommen wird.

### Schwarzblauer Wahlkniff.

Graf v. Mirbach hat im Herrenhause beantragt, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in geeigneten, insbesondere kleineren Organen eine offizielle, gemeinverständliche Darstellung des Inhalts der Reichsfinanzreform von 1909 zu geben, sowie der durch die Steuererhöhung bedingten Preiserhöhungen im Gebiete der Konsumgütern.

Der edle Graf begründet seinen Antrag damit, daß auf die von den neuen Steuern betroffenen Artikel unbedeutende Preiszuschläge gelegt wurden, die weit über die Belastung durch die Steuern hinausgehen. Letzteres ist zweifellos richtig, aber das vermag die schwarz-blauen Steuerländer nicht zu entlasten, denn diese Verteuerung ist erst durch die neuen Steuern ermöglicht worden, ganz besonders dadurch, daß man den Bierbrauern und den Streichholzfabriken auf Jahre hinaus die Konkurrenz fernhielt; denn neu entstehende Betriebe dieser Art müssen eine höhere Steuer bezahlen, weshalb das Kapital die Hand von solchen Gründungen läßt. Die „offizielle gemeinverständliche“ Darstellung kann, wenn sie den Intentionen des Schnapsblocks entsprechen soll, nur eine Vertuschung der Wahrheit sein. Das haben Konservative und Zentrum schon nach Abschluß der Reichsfinanzreform von der Reichsregierung verlangt. Diese war einmal ausnahmsweise vernünftig und ließ die Hand davon. Nun soll die preussische Regierung dieses Geschäft übernehmen, d. h. ihren Landräten die Anweisung geben, diese „Aufklärung“ in die Wege zu leiten. Der Antrag dürfte in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen.

### Die Kröcherei im preussischen Dreiklassenhause.

Nach einer Meldung der Berliner „Börsezeitung“ wird die Geschäftsordnungskommission bereits in aller nächster Zeit zusammentreten, um den Vergewaltigungsantrag zur Mundtomachung der Sozialdemokratie, den der Antrag Bronnenstein zur „Vervollständigung“ der Geschäftsordnung zu beraten. Es soll beabsichtigt sein, Bestimmungen zu treffen, „daß bei Beratung größerer Entwürfe die Rednerliste so aufgestellt wird, daß die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke zum Worte kommen und eine Auslösung oder der Zeitpunkt der Wortmeldung nicht in Betracht kommt. Für die Besetzung von Kommissionen sind verschiedene Vorschläge gemacht, das Präsentationsrecht soll nicht von den Abteilungen, sondern von den Fraktionen ausgeübt werden, und zwar sollen als Fraktionen nur Gruppen über 15 Mitglieder gelten.“

### Ein Opfer der Duellwut.

Der Kreisrat in Wirsitz hat mit großer Mehrheit dem Grafen v. d. Goltz die standesherrlichen Rechte abgeprochen. Der Graf hielt sich aber für riesig standesgemäß und bemies dies zunächst dadurch, daß er seine Widersacher zum Duell forderte; die eine Duell-Kauferei, mit einem Bitter des Reichskanzlers, ist bereits ausgefallen, — zwei Pöcher in die Luft geschossen! Der Graf forderte nun aber auch noch den Vorsitzenden des Kreistages, den Landrat Grafen Wartensleben, vor die Pistole. Dieser lehnte vernünftigerweise ab, mit dem Erfolg, daß er jetzt einen Abschied als Landrat nehmen mußte. Der Graf v. d. Goltz wird sich nun mit seinen Begleitern solange ducken, bis sie ihn wieder für „standesgemäß“ halten; vielleicht wird er dann Landrat.

### Wieder Nutenschläge gegen die Hochflut?

Schreckensberichte über das Steigen der sozialdemokratischen Hochflut laufen wieder im Lande herum. Da berichten z. B. die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Mit einer Jahreseinnahme von mehr als 50 Millionen Mark rechnen allein die politischen und gewerkschaftlichen Zentralstellen der Sozialdemokratie. Erheblich höher noch wird man die Einnahmen der Sozialorganisationen ansetzen müssen. Der „Vorwärts“, der inzwischen auch noch Paul Singer's Millionenerbschaft gemacht hat, zog aus Abonnements und Inseraten etwa 1 1/2 Millionen in seinem letzten Geschäftsjahre. . . . Zweihundertsechzig Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen wirken als sozialdemokratische Werbebureaus. Die Sozialdemokratie zahlte im vergangenen Jahre 26 Reichstagsabgeordnete, 145

Landtags- und Bürgerchaftsabgeordnete. In 300 Stadtverordnetenkollegien hatte sie 1888 Vertreter und in 1779 Landgemeinden deren 4789. In 38 Städten und in 98 Landgemeinden ist sie auch schon in den Magistrat und in den Gemeindevorstand eingedrungen; in diesen Instanzen ist sie bereits mit 151 Vertretern in den Städten und mit 159 Vertretern in den Landgemeinden. In den Wandertagen des letzten Jahres wurden 8969 Männer und 668 Frauen für die Agitation ausgebildet. Zählen wir die sozialdemokratischen Angestellten aller Kranken- und Hilfskassen, aller Konsumvereine, aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammen, so rechnen wir nach Dr. Lohm 30 000 besoldete Agitatoren der Partei heraus.“

Das Scharfmacherblatt verfolgt mit der phantastischen Ziffer von den 30 000 sozialdemokratischen Agitatoren den ausgesprochenen Zweck, die Spießbürger gruselig zu machen. Es schwindelt seinen Lesern eine neue sozialdemokratische Millionenerbschaft vor, es läßt der Sozialdemokratie kalfornische Goldreichtümer an, nur um die deutschen Angstmeier gegen die „falsche Duldung“ der Sozialdemokratie mobil zu machen.

Dem Spießbürger soll die Vorstellung beigebracht werden, daß die sozialdemokratische Hochflut bald vernichtend über seinen Kopf hinwegrauscht. Und der Sammerkerl wird dann wieder ängstlich nach Rettung schreien. Aber als rettender Mann gegen die kirchliche Hochflut wird ein neuer Idrichter Kerges erscheinen, der Elementargewalten mit Ruten zum Gehorsam bringen will!

### Der Miß im Zentrumsturm.

In den Reihen der Zentrumsfraktion spielen sich heftige Kämpfe ab, eine Talsache, an der Zweifel möglichst ist. Die „Schlesische Volkszeitung“ glaubt dieser Tage aus der Schule und bestätigte die längst gehegten Vermutungen. Das zitierte Blatt schreibt nämlich:

„Graf Oppersdorff, Mitglied des Reichstages, hat vor längerer Zeit scharfe Angriffe gegen seinen Fraktionskollegen, den Grafen Braschmar, gerichtet und durch eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet. Der Vorstand der Fraktion des Reichstages hat, wie die „Meißner Zeitung“ zu melden weiß, dem Grafen Oppersdorff wegen seines Vorgehens die schärfste Mißbilligung schriftlich und mündlich ausgesprochen, weil seine Polemik die schuldige Rücksicht gegen einen Kollegen verlegte. Auch mit seinen neueren Angriffen gegen Professor Dr. Martin Spahn, Reichstagsabgeordneter für Pöyter-Warburg, insbesondere mit der Art der Verbreitung der bekannten Broschüre hat sich der Vorstand der Fraktion beschäftigt und unbeschadet der Stellung zu dem Abg. Professor Spahn selber in derselben Weise scharf geurteilt.“

Die größere Zentrumspresse hat die drohende Gefahr längst erkannt, weshalb sie eifrig nachzuweisen versucht, daß der katholische Glaube ernstlich bedroht sei, um dem Zentrum durch das Herporrufen einer Kulturkampfkommunung über die jetzige unangenehme Situation hinwegzuhelfen.

### Die hessische Mißere.

Der hessische Landtag tritt am Mittwoch, dem 22. Februar wieder zusammen. Er hat für Hessen bedeutungsvolle Aufgaben zu erfüllen. Zunächst hat er endgültig das Wahlreformwerk zu erledigen. Die Herrenkammer hat das reaktionäre Machwerk, das die bisherigen Rechte des arbeitenden Volkes in Hessen erheblich vermindert, das Buralwahlrecht eingeführt, den mindestens einjährigen Besitz der Staatsangehörigkeit (neben dem dreijährigen Wohnsitz) vom Wähler fordert, die Steuerrückstandskaufeln verschärft, noch weiter verhungert. Bei der Zusammenlegung der zweiten Kammer ist mit der Annahme der Vorlage zu rechnen.

Viel mehr Sorgen wird den Herren die Gestaltung des Staatsbudgets für 1911 machen. Während im letzten Etatsjahr trotz der Verwendung fast des ganzen noch vorhandenen Ausgleichsfonds noch eine fünfzehnprozentige Steuererhöhung notwendig war, um den Etat balanzieren zu können, kommt der neue Finanzminister nicht nur ohne weitere Steuererhöhung aus, trotzdem er verstärkte Schuldentilgung vorsieht, er will auch noch einen Einnahmeüberschuß von 1 316 000 Mk. zur Wiederauffüllung des schwindlichen Ausgleichsfonds erzielen. In Wahrheit ist das freilich eitel Spiegelscherelei, der neue Finanzkünstler kann so wenig wie der alte aus dem, was garnicht vorhanden ist, allerlei hübsche Sachen schaffen. Während die Staatsschuld Hessens von Jahr zu Jahr um mindestens 5 Millionen Mark wächst, — Hessen ist längst der meist verschuldetste der deutschen Bundesstaaten — während seit Jahren fast nichts von dieser Schuldenlast getilgt wird, leiden die wichtigsten Aufgaben des Staates bitter Not. Zu den dringlichsten Verpflichtungen des hessischen Staates gehört seit langem eine Reform der Beamtenbeholdungen. Gilt doch in Hessen noch die Beoldungsordnung vom Jahre 1898, die natürlich die mittlerweile eingetretene gewaltige Verteuerung der Lebensbedürfnisse ganz unberücksichtigt läßt. Eine auch nur zehn Prozent betragende Erhöhung der Beoldung der Beamten und Anwärter mit einem Höchstgehalt bis 2000 Mark würde eine halbe Million Mark Mehrausgaben jährlich verurachen.

Das hessische Finanzjeld hat seine Ursache allein in der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Nach der Auslieferung der hessischen Bahnen an Preußen wurden für die Berechnung des an Hessen fallenden Ertragssteiles die Ziffern zugrunde gelegt, die sich aus der künstlich niedergehaltenen Frequenz der vorhergegangenen Jahre ergaben. So wurde Hessen um jährlich 6-7 Millionen Mark geschädigt. Auf der anderen Seite aber hat Hessen alle durch den nunmehr nach dem „Friedensschluß“ ganz bedeutend erhöhten Verkehr erforderlich werdenden Aufwendungen allein zu tragen, hat in den letzten 13 Jahren deshalb seine Eisenbahnschuld um jährlich durchschnittlich 10 Millionen Mark vermehren müssen, ohne davon auch nur einen Pfennig amortisieren zu können. So gibt das kleine Hessen das Kapital her, während sich Preußen daraus die Rente zu Gemüte führt. Eine Änderung dieser skandalösen, Hessen finanziell ruinierenden Verhältnisse, kann nur eine Revision des preussisch-hessischen Eisenbahn-Vertrages bringen. Dazu hat aber weder die hessische Regierung, die immer mehr verpreußt, noch die klerikal-national-antijemittische Land

tagsmehrheit, die ebenso aus Angst vor der Sozialdemokratie sich immer mehr der preußischen Reaktion in die Arme wirft, das Zeug. In Gelegenheit zum erfolgreichen Widerstand hätte es gewiß nicht gefehlt, hat doch jüngst erst die Frage der Schiffahrtsabgaben Hessen eine günstige, leider verpaßte Gelegenheit, sich Preußen un- bequem zu machen, geboten. Und so wird auch der nun zugrundetretende Landtag nicht den einzig möglichen Weg der Rettung Hessens einschlagen, sondern Fortwursteln und zu verlustigen suchen, bis das Ende, der finanzielle Zusammenbruch Hessens, gekommen ist.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 22. Februar.

Zum gemeinsamen Kandidaten der Lübecker National- liberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und des Reichsvereins wurde gestern Abend in einer mäßig besuchten Versammlung aller dieser Vereinigungen der Postsekretär Julius Klein proklamiert. Dann folgte die „Programmrede“ des neuen Kandidaten, welche durchweg aus den fasssam bekann- ten „nationalen“ Redewendungen bestand. Herr Klein wandte sich zunächst dagegen, daß man ihn als Milchmädchen- kandidaten bezeichne. Die Versammelten brachen aber darüber nicht in ein lautes Gelächter aus; sie hatten anscheinend kein rechtes Verständnis für unfreiwilligen Humor. Daß Klein für den volksfeindlichen Rüstungswahnsinn eintritt, betonte er mit erfreulicher Deutlichkeit. Im Zusammenhang damit nahm er eine recht byzantinische Beweiskrümmung der Hohenzollern vor, die sich aus angeblich liberaler Mund außerordentlich seltsam ausnahm. Die Sozialdemokratie erhielt natürlich auch ihr Teil. Am meisten wurmt es anscheinend den Milchmädchenkandidaten, daß wir in 20 Jahren keine Programmänderung vorgenommen haben. Natürlich paßt dem Herrn unser ganzes Programm nicht, das „auf längst widerlegten, zum Teil 70 Jahre alten, aber deswegen nicht richtiger gewordenen Theorien von Stuben- gelehrten aufgebaut ist.“ Verehrter Herr Klein, welche Pro- grammpunkte sind denn widerlegt und von wem? Mit der- artigen demagogischen Äußerungen über das sozialdemo- kratische Programm mag man vielleicht bei Deuten, die keine Ahnung von dem Wesen der Sozialdemokratie haben, Eindruck machen; bei anderen gewiß nicht. Die Sozialdemokratie macht es allerdings nicht wie die Fortschrittliche Volkspartei, die für den öffentlichen Gebrauch ein allgemeines Pro- gramm zusammenstellt, dessen verschiedene For- derungen sie nach Bedarf für einzelne Bundesstaaten außer Kraft setzt. Wir erinnern nur daran, daß der liberale Programmpunkt betr. die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Lübeck annulliert worden ist. Und vor kurzem konnte man erst in der Bürgerschaft beobachten, wie die For- derung einer gerechten Besteuerung mit Zinsen getreten wurde. Für die Kandidatur Klein traten bezeichnenderweise in der gestrigen gemeinsamen bürgerlichen Versammlung auch zwei Reichsverbändler, nämlich der Ingenieur Gooß und der Generalmajor Stern ein. Dadurch bekommt die Kandidatur erst den richtigen Charakter. Anderswo lehnten wirkliche Liberale jede Gemeinschaft mit dem Reichsverband und seiner unanständigen Kampfes- weise ab. In Lübeck ist dieser selbe Reichsverband, dessen bekannte Scheu vor der Wahrheit aus dem letzten Wahl- kampf hier wohl noch in aller Erinnerung sein dürfte, die Hauptstütze der sogenannten Liberalen! Da kann man sich ja wieder auf allerlei gefaßt machen. Uns kann die Ver- brüderung der Liberalen und Reichsver- bändler nur recht sein, denn sie zeigt am deutlichsten, welcher Art der Milchmädchen und sein Kandidat ist. An der gestrigen Auffstellung der Kandidatur Klein nahmen die Land- bändler und das Zentrum nicht teil.

**Aus dem Berichte der Schulkärzte und über Milt- graßverkrümmung.** Im Verein für Schulgesundheitspflege wird Herr Medizinalrat Dr. Kiedel das Wissenswerte und Beherzigenswerte aus dem zweiten Bericht der Schul- ärzte vortragen, und Herr Dr. med. Oskar Meyer wird über Rückgratsverkrümmungen sprechen, die bekanntlich sehr ver- schlimmert werden können durch vielerlei Sünden, die in- folge unserer Einrichtungen an der Jugend begangen wer- den. Diese links- und rechtsseitigen Verkrümmungen sind viel häufiger als allgemein angenommen wird; sie sind nicht so auffällig wie die sogenannte „schlechte Haltung“, darum aber nicht weniger beachtenswert. Die Vorträge finden statt am Montag, dem 27. Februar, abends um 8 1/2 Uhr, im Bilder- saale der Ges. z. Bef. gem. Tätigkeit.

**Die polizeiliche Verordnung betr. den Besuch der Vorstellungen in den Kinematographentheatern** ist gestern vom hiesigen Schöffengericht für rechtsgültig erklärt worden. Wie wir in der vorigen Woche berichteten, hatten die Befürworter zweier Kinematographentheater eine ganze An- zahl Strafmandate wegen Übertretung dieser Verordnung er- halten, gegen die sie richterliche Entscheidung beantragten. In der Schöffengerichtssitzung zweifelte ihr Rechtsbeistand die Gültigkeit der Verordnung überhaupt an. Gestern wurde nun das Urteil verkündet. Es lautete gegen den einen der Angeklagten auf 3 Mk. Geldstrafe und gegen den anderen auf 5 Mk. Geldstrafe wegen der ersten Übertretung und auf 525 Mk. wegen der übrigen 20 Übertretungen. Wegen zweier Übertretungen erfolgte Freispruch. Der Staatsanwalt hatte gegen den zweiten Angeklagten nur insgesamt 35 Mark Geldstrafe beantragt, da nach seiner Meinung eine fortgesetzte Handlung vorlag. Das Ge- richt teilte diesen Standpunkt jedoch nicht. Bezüglich der Rechtsgültigkeit der Verordnung wurde ausgeführt, daß ihre Bestimmungen nicht gegen Reichsgesetze verstoßen. Auch sei das Polizeiamt zum selbständigen Erlaß der Verordnung berechtigt gewesen, da sie innerhalb des Rahmens liege, den der Bürgerausschuß für derartige Fälle geschaffen habe. Eine Mitwirkung des Senates und der Bürgerschaft war deshalb nicht notwendig. Es ist nicht anzunehmen, daß die Verurteilten sich bei dieser schöffengerichtlichen Entscheidung beruhigen.

**Die hiesige Seequarantäneanstalt wegen Milzbrand- seuche geschlossen.** Das Medizinalamt macht bekannt: Nach- dem am 20. ds. Mts. in der hiesigen Seequarantäneanstalt die „Milzbrandseuche“ ausgebrochen ist, wird die Anstalt bis auf weiteres für den Ein- und Austritt von Vieh geschlossen.

**Die Sperre über das Geschäft von J. J. Struve** (Gäfte 11) dauert unbeeinträchtigt fort. Daß die Firma sehr wohl- instand ist, den geforderten höheren Lohn zu zahlen, geht daraus hervor, daß sie den Arbeitswilligen — denen sich jetzt einer der Streikenden beigefügt hat — diesen höheren Lohn ausbezahlt.

**Nachtrag zur Fischereivordnung.** Der Senat hat be- schlossen und verordnet: Die Bestimmung im Paragraph 17, Ziffer 6 der Fischereivordnung vom 27. April 1887 in der Fassung des zweiten Nachtrags vom 22. September 1899 wird dahin abgeändert, daß sie für die Folge zu lauten hat: Paragraph 17. Bei dem Fischfange ist verboten: e. in den der Küstenschifferei unterworfenen Gewässern die Anwendung

von Strohmaten, von Alalipen, von sogenannten But- triepen oder Buttmaten und die Anwendung von Schlep- pen, welche mittels Segel- oder Dampfkraft auf dem Boden der Gewässer geschleppt werden (Reifen usw.).

**Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus** sind von den Müttern oder den Angehörigen der Kinder in Begleitung der letzteren am Freitag, dem 27. Februar, mor- gens 9 Uhr, im Waisenhaus anzubringen. Taufschein, Impfchein und letztes Schulzeugnis des Kindes sind dabei einzureichen.

**Aus dem Gerichtssaal.** Vor dem Schöffengericht hatten sich gestern zwei junge Leute wegen Fahrraddiebstahls zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft beantragte je einen Monat Gefängnis; das Urteil ergab ebenfalls das. Auf Antrag des einen Angeklagten werden zwei Wochen der er- littenen Untersuchungshaft angerechnet. — Ein als Hilfs- schaffner an der Straßenbahn Angestellter hatte sich wegen Unterschlagung von 10 Pfg. zu verantworten. Er soll einen schon denühten Fahrschein wieder einem Fahrgast verab- folgt und somit versucht haben, sich rechtsmüßig in den Be- sitz von 10 Pfg. zu setzen. Urteil 20 Mk. Geldstrafe oder 5 Tage Haft. — Zwei Arbeiter in Schlutup verprügelten große Lust, den in einer Käuherei arbeitenden und dort wohnen- den Mädchen einen Besuch abzustatten, sie wurden aber von dem Vorarbeiter in der Küche demerkt und hinausgewiesen. Nun hatten sie sich wegen Hausfriedensbruch zu verant- worten; da einer von ihnen erst kürzlich wegen desselben Delikts bestraft ist, so wird dies in Veranschuldigung gezogen und erhält derselbe drei Wochen Gefängnis, während der andere mit 20 Mk. Geldstrafe eventuell vier Tagen Haft davonkommt.

**Über die Verschlechterung des Klimas durch die großen Städte und die Industrie** plauderte B. F. Francé in der Monatschrift „Die Welt des Kaufmanns“. Er schreibt da: „Als Ursache dessen, daß über den großen Städten ständig eine Schicht schlechter, verborbener Luft lagert, die einen großen Teil der Sonnenstrahlen verschluckt und Anlaß zu häufigen und hartnäckigen Nebelbildungen gibt, steht man vorwiegend das Übermaß von Rauch an, das sich in Industriezentren in die Lüfte erhebt. Unsere Städte sind zu dicht gebaut. Das ist an sich ein Nachteil, besonders wenn in den ungezügeln Haushaltungen ungemessenes Brennmaterial verwendet wird. Was kann als solches gelten? Torf, Braunkohle, Holz, mindere Steinkohle, zweckmäßiges Brennmaterial dagegen sind Anthrazit, Koks und Briketts. Sie verbrennen vollständig, füllen die Luft nicht mit den Produkten unvollständiger Verbrennung, näm- lich mit schwefeliger Säure, Kohlenstoff, Kohlenwasserstoff und Kohlenoxyd. Von diesen Verbrennungsprodukten wirken die Gase an sich schädlich, die festen Teilchen aber bilden den Sonnenschirm und sie sind es, die dann, wenn die Tempera- tur auf den Taupunkt sinkt, als „Kondensationskerne“ für die Nebeltröpfchen wirken und dadurch zur Nebelbildung in der Stadt Anlaß geben, wenn ringsum alles sich des Sonnen- scheins freut.“

Ein Ofen macht allerdings nicht viel, aber 50 000 Haus- haltungsofen geben einen großen Unterschied, je nach dem verwandten Heizmaterial. Hier kann also jeder selbst beitragen zur Besserung oder Verschlechterung seiner Laune.

Das ist die eine Hälfte des Problems, die andere geht die Fabriken an. Sie können durch dreierlei an der Gesun- dung der Verhältnisse mitwirken. Auch für sie ist die Wahl des Brennmaterials ausschlaggebend. Daneben aber die Verwendung von rauchverzehrenden Apparaten, wie es sie heute in großer Vollkommenheit gibt und wie sie von der Gesetzgebung in nachsichtiger Weise vorgeschrieben werden. Fast ebenso wichtig aber ist für die Industrie die Technik des Heizens. Ein rationelles Heizverfahren soll nach Ansicht der Fachleute die Rauchentwicklung einer Stadt auf die Hälfte vermindern können. Es muß etwas Wahres daran sein, sonst würde man nicht zur Errichtung von Heizschulen schreiten, in denen sparsames und hygienisch einwandfreies Heizen gelehrt wird. Nun liegt es an der Gesamtheit, zur Tat zu schreiten, vor allem jene aufzuklären, die unter den Tatfachen leiden, deren Ursache sie nicht kennen, und dann, wenn endlich eine „öffentliche Meinung“ entstanden ist, durch ihr Gewicht die Änderung herbeizuführen, die schließlich auch bei der Sanierung der Luft ebensowenig ausbleiben wird, wie sie bei der „Gesundung“ des Bodens und des Wassers der Städte ausblieb, als man ihre Notwendigkeit einsah.

**pb. Vermittelt.** Am Sonntag, dem 19. d. M., hat sich das Dienstmädchen Frieda Dora Catharina Auguste Blöb, geb. am 11. Februar 1895 in Lübeck, aus dem Hause seiner in der Fleischhauerstraße wohnenden Dienstherrin entfernt, um an einem im Konzerthaus Flora stattgehabten Ball teilzunehmen. Das Mädchen ist auch von Bekannten dort ge- sehen worden, aber bis heute nicht nach Hause zurückgekehrt. Es ist von mittlerer kräftiger Statur, hat dunkles krauses Haar, und war beim Fortgange mit schwarzem Hut, hell- grauem Jackett, weißer Bluse und schwarzem Kleiderrock be- kleidet. Es dürfte dem Mädchen ein Unglück zugestoßen sein. Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Schulße- bußen, 16. I. oder auf der nächsten Postkammer zu melden.

**pb. Fahrraddiebstahl.** Von dem Flur eines Hauses in der Königstraße ist gestern Abend gegen 8 Uhr ein Fahrrad mit dem vom Polizeiamt gelieferten Nummerschildern 6068 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und gerade Lenkstange. Der vordere Radmantel ist fast neu, auf dem hinteren Radmantel befindet sich ein circa 20 Zentimeter langer Flicker.

**pb. Entwendetes Portemonnaie.** Am 21. ds. Mts., gegen 7 Uhr abends, ist einem fremden Arbeiter sein Portem- onnaie mit etwa 5 Mk. Inhalt gestohlen worden. Außer dem Gelde befand sich in dem Portemonnaie ein Gepächhinter- legungsschein. Der Dieb ließ sich auf Grund dieses Scheines in der Gepächhinterlegungsstelle des hiesigen Hauptbahnhofes einen dem Befohlenen gehörigen Schloßkorb geben. Der Schloßkorb enthielt folgende Sachen: 1 braune gestreifte Hose, 1 grau gestreifte Weste, 1 dunklen Rock, 1 Paar Knopfschuhe, 1 Normalhemd, 1 rot gestreiftes Barclothem, 1 gestreiftes Miltärhemd, 6 bunte Vorhemde, darunter eins mit einem Stehragen.

**Reines Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, geht als 4. Vorstellung im Wagner-Zyklus die Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ in Szene. — Am Freitag gelangt in neuer Einstudierung das Schauspiel „Ein Wintermärchen“ mit der Musik von v. Rotow zur Aufführung. — Am Son- tag, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Mittelpreisen ein nochmaliges Gastspiel des berühmten Charakter-Komikers Müller in der großen Gefangenschaft „Der Registrator auf Reisen“ statt. Der ausgezeichnete Künstler zählt diese Rolle zu seinen glänzendsten Leistungen, welche unwiderstehlich auf die Ach- mustern der Zuschauer einwirken.

**Stoßelndorf.** Die Monatsversammlung der Genossinnen findet am kommenden Donnerstag Abend bei E. Baetau-Hackenburg statt. Da die Besprechung des Frauentages auf der Tagesordnung steht, so ist es Pflicht jeder Parteigenossin, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Schwartz.** Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins veranstalten am Freitag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Trans- vaal ein gemüthliches Beisammensein. Da die Veranstaltung kostenlos ist, sieht wohl zu erwarten, daß recht viele Frauen daran teilnehmen.

**Mölin.** Und in den Paaren liegen sich beide, wird man bei der nächsten Reichstagswahl auch im 10. schles- wig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Herzogtum Lauen- burg) sagen können. Denn die Nationalliberalen haben als Kandidaten den Prof. Harries-Riel aufgestellt. Der Kreis wird jetzt von dem eifrigen Blochbruder Rechtsanwalt Beckler-Hamburg vertreten, der zwar als Hospitant der freisinnigen Vereinigung firmierte, aber in der Bestimmung und in seiner Betätigung als Parlamentarier einem wack- eren Nationalliberalen nichts nachgibt. Weshalb also die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufstellen, ist nicht recht ersichtlich. Nur die Firma ist gewechselt, der Inhalt ist derselbe geblieben. Hoffentlich sorgt die durch die Blochbrüder geschaffene Erregung dafür, daß beiden Kandidaten ein „stillles Begräbnis“ zuteil wird.

**Obesloe.** Ein Theaterkandal, wie ihn Obes- loe noch nie erlebt hat, ereignete sich Sonntag Abend im „Hotel zur Krone“. Ein sogenanntes „Hamburger neues Operetten-Ensemble“, Direktion Sobmann-Albert, hatte die Aufführung des „Jägerbaron“, Operette in fünf Akten, von Strauß, angekündigt und alle Welt strömte ins Theater. Statt der Straußschen Operette brachte die Gesellschaft jedoch ein uralt Stück, keitelte „Die Einquartierung oder Hochmut kommt vor dem Fall“ unter dem Titel „Der Jägerbaron“ zur Darstellung. Und das ließen sich die Obesloer nicht gefallen. Bereits beim zweiten und dritten Akt gaben einige aus dem Publikum durch Pfeifen ihrer Unzufriedenheit über das Gebotene Ausdruck. Der letzte Akt wurde von Pfeifen, Johlen und Getrappel überdönt, daß kein einziges Wort mehr zu hören war. Man sah wohl Wesen und Gestikulatio- nen auf der Bühne, denn die Gesellschaft spielte weiter, doch konnte man kein Wort mehr verstehen. Es entstand ein unbeschreiblicher Nabal, der noch anhält, als sich der Vorhang gesenkt hatte.

**Schönberg.** Eine Volksversammlung fand hier am Sonntag statt; der Genosse Leu und die Genossin Leu-Schwartz hatten gemeinsam das Referat übernommen. Während ersterer über die Entwicklung der genossenschaft- lichen Ideen sprach, erläuterte letztere den praktischen Wert des Konsumvereins für die Arbeiterfrau. Reichen Beifall spendeten die über 200 Anwesenden. Die Genossin Leu empfahl dem Schönberger Verein, sich Lübeck anzugliedern, da sie durch den größeren Zusammenschluß auch weit größeren Vorteil hätten.

**Wilhelmshaven.** Aus verschmähter Liebe. Die Tochter des Werkmisters Reihner, der im hiesigen Zimmer- beschäftigt ist, hatte mit dem in der Bernhardtstraße in Ham- burg wohnenden Klempner Jönig Gehren ein Liebesver- hältnis. Als der Bräutigam gestern nachmittag seine Braut besuchte, gab sie ihm zu verstehen, daß sie das Verhältnis lösen wollte. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung, während welcher der verschmähte Liebhaber aus einem Re- volver zwei Schüsse auf das Mädchen abgab. Eine Kugel verletzte das Mädchen am Arm, die andere drang in den Rücken ein. Der Täter wurde nach kurzer Zeit in seiner Wohnung in Hamburg festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

**Bremerhaven.** Wegen Reichsverbandsbe- leidigung verurteilt wurde am letzten Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht Genosse Varg von der „Norddeutschen Volksstimme“. Kläger war der Provinzial- sekretär des Reichsverbandes zur Beschimpfung der Sozial- demokratie, ein Herr Romoll aus Hannover, der sich durch einen Lokalartikel über Praxis und Taktik des Reichsver- bandes getroffen fühlte, obwohl er persönlich in dem Artikel garnicht genannt war. Das Gericht ließ nun abweichend von vielen ähnlichen Fällen den Wahrheitsbeweis zu, sodaß Genosse Varg Gelegenheit hatte, vor Gericht aus einer großen Zahl von Flugblättern und Zeitungsnutzen den Nachweis zu führen, daß der Reichsverband seine bekannte Kennzeich- nung wirklich verdient. Dennoch kam das Gericht zu einer Verurteilung. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Reichsverband eine geschlossene Or- ganisation bilde und daß demzufolge Herr Romoll, wie jedes andere Mitglied durch Angriffe auf die Organi- sation sich beleidigt fühlen und Strafantrag stellen könne (1). Die beleidigenden Ausdrücke seien in einer politischen Po- lemik gefallen, weshalb sie nicht als schwerer ins Gewicht fielen. Eine Verurteilung müsse jedoch erfolgen. Als nicht festgestellt erachtet es das Gericht, daß der Privatkläger per- sönlich beleidigt ist. Der Tatbestand des § 188 ist nicht ge- geben. Das Urteil lautete auf 50 Mk. Geldstrafe. — Die „Volksstimme“ bemerkt dazu: Nach der Logik dieses Urteils wird in Zukunft auch jedes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, einer gewiß festgelegten, bestimmt umgrenzten Organisation, berechtigt sein, gegen Angriffe des Reichs- verbandes oder sonstiger Korporationen und Personen auf die Partei klagbar vorzugehen. Vielleicht können wir in nächster Zeit einmal die Probe aufs Exempel machen.

**Bremerhaven.** Ein 80-Millionen-Projekt. Ein riesenhaftes Unternehmen, das nach seiner endgültigen Ausführung für die zukünftige Gestaltung des gesamten Wirt- schaftslbens im ganzen Unterwesergebiet von heute noch gar nicht absehbarer Tragweite sein würde, wurde am Son- ntag Abend in seinem ganzen beabsichtigten Umfange vor einer besonders zusammengelegten Versammlung entrollt. Die Tagung fand in der geräumigen Aula des Bremerhaver- ner Gymnasiums statt und hatte etwa ein halbes Tausend Teilnehmer gefunden. Diese setzten sich aus den fast voll- zählig erschienenen Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden und Kollegien der drei Unterweserrorte, sowie einer namhaften Anzahl Herren ihrer Industrie, Handels- und Gewerbetwelt zusammen, die schon vor Eintritt in die Ver- handlungen mit größtem Interesse die ausgearbeiteten Pläne besichtigten und eifrig besprachen und dem erläuternden Re- ferat mit größter Spannung folgten. Es handelt sich um das Projekt einer doppelgleisigen elektrischen Wor- ortsbahnverbindung Bremen-Unterwes- re. Die Bahn ist abwechselnd als Untergrunds-, Hoch- und Flach- bahn gedacht und wird auf einem großen Doppelhochbahnbof in Bremerhaven-Lehe enden. Die Kosten des Projekts sind auf 80 Millionen Mark berechnet. Der Verkehr wird auf jährlich 2 750 000 Reisende geschätzt. Das Projekt fand gün- stige Aufnahme.

**Oldenburg.** Die Sozialdemokraten werden in den fünf oldenburgisch-ostpreussischen Wahlkreisen folgende Kandidaten aufstellen: Oldenburg I. Rebekker-Stelling (Gut- berg), Oldenburg II. Buchdruckermeister Hug (Walt), Olden- burg III. Parteisekretär A. Schulz (Walt), Ostpreußen I. Ge- werkschaftssekretär Meyer (Walt), Ostpreußen II. B. Dü- gen (Walt).

## Aus der Partei.

**Personalien.** Am 1. April wird Genosse Hans Bloch aus der Redaktion des „Vorwärts“ austreten, um in die politische Redaktion der „Betpöter Volksstimme“ einzutreten.

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Exped. abgegeben werden.

Nr. 45.

Mittwoch, den 22. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Das Wahlrecht ein Rechtsanspruch der Frau.

Die moderne Großindustrie als vorläufiges Ergebnis der wirtschaftstechnischen Entwicklung konkurrierte sowohl den weiblichen Universalhandwerker der Familie, als auch den in Zünften organisierten Handwerksmeister nieder. Im neuen Produktionsprozeß fanden aber alsbald die Frauen und Mädchen, die der produktiven Arbeit im Hause, der Arbeit für den Selbstbedarf beraubt waren, Beschäftigung als Lohnarbeiterinnen. Die mannigfaltige Not des Lebens, der die Arbeiterschaft ausgesetzt ist und der unersättliche Profitgier des Kapitals, waren die Haupttriebkraft, die zur Verwendung der Frauenerwerbsarbeit führten und die die Nachfrage nach ihr aufrechterhalten und steigern. In allen Ländern, in denen die kapitalistisch angewendete Maschine ihren Einzug hielt, folgten ihr Scharen erwerbsfähiger Frauen auf dem Fuße, und die Ergebnisse der Volks-, des Berufs- und Gewerbebeurteilung zeigen, daß die Frauenerwerbsarbeit schneller zunimmt als die der Männer, schneller sogar als die weibliche Bevölkerung.

Deutschland zählte 1882 bereits 5 541 517 weibliche Erwerbstätige; deren Zahl stieg im Jahre 1895 auf 6 578 550 und im Jahre 1907 sogar auf 9 492 881, eine Zunahme seit 1895 um 44,44 Prozent, seit 1882 fast eine Verdoppelung. Diese Zahlen beweisen, welche einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben des Volkes die Frauenerwerbsarbeit bildet. Nicht nur einen wichtigen, sondern auch einen unentbehrlichen Faktor. Man denke: Es sollte plötzlich die Frauenerwerbsarbeit ausgeschlossen werden, eine Störung, in manchen Branchen ein Stillstand des Betriebes wäre die Folge. Sind aber die Frauen in so hohem Maße mit Hand und Hirn beteiligt an der Erzeugung der Produkte, die zur Erhaltung und Fortentwicklung der Gesellschaft notwendig sind, erfüllen sie in so hohem Maße Staatsbürgerpflichten, so haben sie auch einen vollgewichtigen Anspruch auf Staatsbürgerrechte: Auf das Wahlrecht!

Sie haben umso mehr einen Anspruch auf diese Rechte, weil sie durch ihre veränderte Stellung im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben einer ganzen Anzahl von Kämpfen ausgesetzt sind, denen sie ungeschützter und ungerüsteter solange gegenüberstehen, als sie das Wahlrecht entbehren, das in diesen Kämpfen eine wichtige und notwendige Waffe bildet. Denken wir nur an die Kämpfe gegen die wirtschaftliche Ausbeutung, gegen die Auswucherung durch Steuern und Zölle, an den Kampf um ein gesichertes Koalitionsrecht, um einen wirksamen Arbeiterinnenchutz und anderes mehr, immer ist die politische rechtlose Frau die Wehrlose in diesem Kampf, obgleich sie doppelt des zu erringenden Schutzes bedarf. Nicht nur deswegen, weil sie die körperlich schwächere ist, sondern vor allem deswegen, weil sie als weiblicher Mensch die Pflichten der Mutter erfüllt zu erfüllen hat. Durch die Erfüllung dieser wichtigen Pflichten, die erst den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft garantieren, bringt die Frau zudem schwere persönliche Opfer und erwirbt sich damit einen doppelten Rechtsanspruch auf das Wahlrecht. Bei und gleich nach der Entbindung sterben jährlich ca. 10 000 Frauen, ca. 50 000 erkranken schwer an den Folgen der Mutterschaft; das sind weit größere Opfer, als der Mann bei der Ausübung der Wehrpflicht bringt.

Bedingt die Pflichtleistung der Mutterschaft und die dadurch gebotene größere Schutzbedürftigkeit der Frau auch umso mehr den Besitz des Wahlrechts, so ist doch gerade der Mutterberuf der Frau einer jener wohlfeilen Gründe, die für die Vorenthaltung des Frauenwahlrechts ins Feld geführt werden. Die Weiblichkeit der Frau, ihr Seelenleben soll angeblich Schaden leiden durch die Beschäftigung mit Politik! — Diese Argumentation hören wir aus dem Munde derselben Herren, die das Meinichum des Weibes mit Füßen treten, indem sie „ihre“ Arbeiterinnen in langer Tagesfron an die Maschine fesseln, indem sie bei mörderischer Art der Arbeit die Gesundheit des Weibes und — des Kindes, das es unter dem Herzen trägt, kaltblütig vernichten, weil's das kapitalistische Profitinteresse so will.

Sogar Gründe der Aesthetik werden gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt: Es müßte ein abstoßender Anblick sein, meinte einst ein konservativer Herr, wenn eine schwangere Frau die Rednertribüne des Reichstages besteige. Mag sein, daß das richtig ist für diejenigen „Herren“, die beim Anblick einer schwangeren Frau eine unüberwindliche Lust zum Spotten und — Jotensreisen bekommen und diese „Herren“ sind uneres Erachtens nicht reif zur Ausübung der höchsten Staatsbürgerrechte und „Pflichten“ eines Parlamentariers. Dagegen

wird kein Mann, der in der schwangeren Frau die Trägerin der kommenden Generation achtet, der sich bewußt ist, welche hohen und heiligen Dienst sie durch die Mutterschaft der Gesellschaft leistet, sich abgestoßen, sein ästhetisches Empfinden verleht fühlen bei ihrem Anblick; er wird ihr vielmehr die größte Hochachtung entgegenbringen, denn als Staatsbürgerin, die selber Pflichten erfüllt, Rechte ausübt und dabei Bürgerlugenden entwickelt, wird die Frau umso mehr befähigt, ihre Mutterpflichten im besten Sinne des Wortes erfüllen zu können. Das Gebären und Pflegen der Kinder erschöpft nicht die Pflichten einer Mutter, sondern dazu gehört vor allem auch das Erziehen der Kinder.

Kinder erziehen wird aber zweifellos die Mutter am besten, die einen weiten Blick, einen reichen geistigen Besitz, die Erfahrung, die Tat- und Willenskraft ihr eigen nennt und all diese Eigenschaften zu betätigen weiß. Staatsbürger erziehen kann nur, wer selber Bürgerlugenden besitzt und sie zu üben weiß.

Der Besitz des Wahlrechts und seine Ausübung wird also immer die wichtigen mütterlichen Eigenschaften des Weibes beeinträchtigen, sondern umgekehrt. Diese Eigenschaften entwickeln und vervollkommen.

Mutterschaft und Erwerbsarbeit der Frau begründen somit ebensosehr die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts, als sie den Rechtsanspruch an dasselbe nachweisen.

Möge der 19. März, der sozialdemokratische Frauentag, den Beweis erbringen, daß diese Tatsache Millionen von Frauen zum Bewußtsein gekommen ist und sie zu Kämpfern für das Frauenwahlrecht macht.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Rechtspflege vor dem Richterstuhl des Reichstages.

Die Beratung des Justizetats, die am Dienstag im Reichstage begann, gab Gelegenheit, die Rechtspflege vor das Tribunal der Volksvertretung zu laden. Die Dame „deutsche Justitia“ fuhr nicht besonders gut bei dieser ihrer Beschäftigung. Zahlreiche Runzeln und Schönheitsfehler wurden an ihrem Gesicht und Körper entdeckt, und von mehr als einer Seite wurde konstatiert, daß die Binde, die sie angeblich vor den Augen trägt, nur zu oft herunterrutscht. Selbst der Zentrumsmann Dr. Belzer mußte nach einigen Wemms und Abers sich entschließen, dem Worte von der Klassenjustiz mindestens eine gewisse Berechtigung zuzubilligen, und der Hirschberger Rechtsanwält Dr. Ublaf rang seiner fortschrittlichen Mannesbrust die Erklärung ab, daß der Prozeß Becker den Freisinnigkeit einige Zweifel an der unbesteckten Jungfräulichkeit der Dame „Gerechtigkeit“ eingestößt hat! Da man Herrn Lisco kaum mitrechnen kann, der an neutraler Unpersönlichkeit beinahe noch seinen Vorgänger Niederding übertrifft, so erstand an diesem Tage der Dame Justiz nur ein einziger Ritter, nämlich der hannoversche Reichsparteiler Dr. Warenhorst, der im Stille eines Buztehuder oder Stallupener Kreisblattes die Schale seines amtstrichterlichen Jorns über die Sozialdemokratie im allgemeinen und über den Gen. Frank im besonderen ausgoß. Daß die Rede unseres Fraktionsprechers den Reaktionsären aller Schattierungen arg im Magen liegt, glauben wir. Die Fäulung, die die theoretische und praktische, die vollstreckte und die geplante Klassenjustiz von Franks Händen empfing, war eine ebenso verbe wie wohlverdiente. Nichts wurde vergessen, nichts wurde geschenkt: die Drakonisierung und Kautschukisierung des Zukunftsstrafgesetzbuches, Moabit, Essen, Breslau, Greifswald, die Unger-Vorladung und die Bethmann-Jagowjaden. — Wir wollen aber auch Herrn Dr. Ublaf durchaus nicht das Verdienst absprechen, an dem flagranten Fall Becker die politische Unkultur Osteliens beleuchtet zu haben. Freilich stänke der Sunkerübermut nicht so zum Himmel, wenn nicht schon seit Generationen der Liberalismus an Pfauenweicheit gelitten hätte. Wenn der Fall Becker hier Wandel geschafft haben sollte, so würde er wirklich ein Markstein in der politischen Entwicklung Deutschlands sein. Aber Herrn Ublaf kolonialpolitische Wandlungsfähigkeit, wie wir sie vor vier Jahren erlebt haben, ist nicht gerade ein günstiges Omen für die Nachhaltigkeit des Fortschrittsjorns. Indessen wollen wir noch nicht alle Hoffnung sinken lassen. Nachdem noch Herr Jonathan Roth aus Schwaben durch ein paar antisemitische Witzchen und Mädchen seine Zugehörigkeit zu den Liebermännern bewiesen hatte, wurde die weitere Beratung auf Mittwoch verlagert.

Erst das Geschäft und dann der — Patriotismus.

Der Reichskanzler hat sich genötigt gesehen, durch Vermittlung des deutschen Handelsrates ein Schreiben an

die Handelskammern zu richten, in dem darüber geklagt wird, daß „einzelne kaufmännische und industrielle Firmen dienst- und übungspflichtigen Personen des Beurteilungskandes die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen militärischen Pflichten durch Androhung der Entlassung oder durch Stellung der Bedingung, binnen Jahresfrist nicht zu üben oder sich nicht zum Reserveoffizier wählen zu lassen, erschweren.“

Nach einem von den Generalkommandos gesammelten Material soll sich bei manchen Firmen, deren Betrieb dies offenbar nicht zu erfordern scheint, ein zu weit gehendes Bestreben finden, sich den Unzuträglichkeiten zu entziehen, die ihnen aus der Erfüllung gesetzlicher Pflichten seitens ihrer Angestellten und Arbeiter entstehen können.

Bethmann verlangt nun von den Handelskammern, daß sie den Patriotismus der Unternehmer wecken und im Sinne größerer militärischer Opferfreudigkeit auf sie einwirken sollen. — Vergebliches Bemühen! Wenn vom Militarismus verdient wird, dann ist etwas anderes, in solchem Falle braucht der „Patriotismus“ nicht erst aufgestachelt zu werden.

### Der Reichsverband und die Reichstagswahlen.

Der Liebertsche Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der sich für die bürgerlichen Parteien schon manchmal als ebenso aufdringlicher wie unbequemer Wahlhelfer erwiesen hat, empfiehlt sich ihnen auch für die kommenden Wahlen als solcher. Aber die Situation, in der er die bürgerlichen Parteien vorfindet, ist für ihn selbst höchst un bequem, weil Rechte und Nationalliberale, für die er bisher hauptsächlich tätig war, sich gegenständig den Haaren liegen. Ein neues Flugblatt des Reichsverbandes läßt das recht deutlich erkennen. Es wird darin gesagt:

„Die Unetnigkeit der staatserhaltenden Parteien und die daraus entspringende politische Verblüffung im deutschen Bürgerium erschweren dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie die Erfüllung seiner in § 1 seiner Satzungen festgelegten Aufgabe, alle treu zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zu Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu einigen. Die sozialdemokratische Gefahr aber wächst zusehends. Die zunehmende Erfüllung der Massen mit aufrührerischem Geiste bedroht den Bestand des Deutschen Reiches und die Zukunft des deutschen Volkes. Der Reichsverband hält es daher für seine Pflicht, getreu seinem Programm nach wie vor gegen die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Tätigkeit der Sozialdemokratie anzukämpfen.“

In Ausübung dieser Pflicht wird er auch bei den kommenden allgemeinen Reichstagswahlen, trotz der Zerspaltung der bürgerlichen Parteien, eine nachhaltige und umfassende Wahlarbeit leisten. Er hofft dabei, daß das gemeinsame Wirken an der gleichen Aufgabe das Bewußtsein von der festen Geschlossenheit des gemeinsamen Gegners und die Erkenntnis, daß ein sozialdemokratischer Sieg unser Vaterland den schwersten Erschütterungen aussetzen würde, die heute noch hadernden Brüder wieder zusammenführen wird zu einträchtiger nationaler Tat.“

Für die Stellungnahme zu den einzelnen Parteien gibt der Reichsverband dann folgende Wahlparolle aus:

„Schon bei der Hauptwahl sollen diejenigen aufs tatkräftigste unterstützt werden, die als einzige bürgerliche Kandidaten der Sozialdemokratie gegenüberstehen. Der Reichsverband wird schon in der Hauptwahl denjenigen Kandidaten seine Unterstützung gewähren, die bereit sind, sich zu verpflichten, ihre Wähler in einer unzweideutigen Erklärung zur Wahl des in der Stichwahl verbleibenden bürgerlichen Kandidaten aufzufordern.“

Der Reichsverband wird in der Stichwahl zwischen einem bürgerlichen Kandidaten und einem Sozialdemokraten jenem Wahlhilfe leisten.

Sollte aber eine bürgerliche Partei ein offizielles Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie eingehen, dann wird der Reichsverband den Kandidaten einer solchen Partei in dem betreffenden Wahlkreise ebenso bekämpfen, wie einen Sozialdemokraten.

Der Reichsverband wird in geeigneter Weise entsprechende Kundgebungen aller daterländisch geinigt Wählern ans Herz legen, die Parteinteressen nicht als das Vaterland zu stellen und der Verärgerung nicht durch Wahlenthaltung Ausdruck zu geben, sondern Mann für Mann für die bürgerlichen Kandidaten zu stimmen, in der Erkenntnis, daß von dem Ausfall der Wahlen hauptsächlich die Entscheidung abhängt über das Glück und Wohlbefinden unseres Vaterlandes.“

Von den Parteien haben eigentlich nur die Konservativen die Hilfe des Reichsverbandes gern angenommen. Er ist ja auch Fleisch von ihrem Fleisch, ein Helfer für die Reaktion auf jeden Fall. Für Parteien, die liberal sind aber sich doch wenigstens so nennen, ist aber die Hilfe des Reichsverbandes immer geneigt und kompromittierend gewesen. Jetzt glaubt er offenbar, durch seine Aufdringlichkeit die Liberalen ganz in seinen Bann zu zwingen zu können. Seine Mittel sollen vor allem denen zugute kommen, die sich für die Stichwahl von vornherein gegen die Sozialdemokratie verpflichten. Und die Fortschrittler droht er mit der Sozialdemokratie in einem Topf zu werfen, wenn sie ein offizielles Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie eingehen. Ein solches könnte eventuell nur für die Stichwahlen in Frage kommen, und wenn die Situation sich danach gestalten sollte, so dürften selbst die Fortschrittler durch den angebrachten Jörn des Reichsverbandes sich davon nicht abhalten lassen, wenn sie es ernst meinen mit dem Kampf gegen die Reaktion. Was der Reichsverband ihnen anbroht, haben Konservative und Agrarier ihnen schon vorher verheißt. Die vom Reichsverband unterstützte „Sammelpolitik“ ist eben nichts anderes als Politik zugunsten der Konservativen.

#### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Dienstag setzte das Haus die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung bei dem Abschnitt Tarifreform fort. Unser Genosse Leinert unterzog die Tarifpolitik der Regierung an der Hand amtlichen Materials einer scharfen Kritik. Er wies nach, daß sich die Überschüsse in der Hauptsache aus den beiden untersten Wagenklassen resultierten, während die Überschüsse aus der ersten Klasse zurückgegangen seien. Er forderte Beseitigung der ersten und auch der vierten Klasse. Sollte letzteres nicht möglich sein, müßten in der vierten Klasse wenigstens menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Den Schluß seiner Ausführungen bildete ein Appell an den Minister, sich endlich als ein Minister für Verkehrssozialpolitik zu zeigen, während er bisher ein Minister für verkehrte Sozialpolitik gewesen sei. Aus der Antwort des Ministers v. Breitenbach ging hervor, daß an Reformen nicht zu denken ist und daß auch die vierte Klasse beibehalten werden soll.

Bei der Beratung des Abschnitts Arbeiterfragen hielt der Zentrumsabgeordnete Beyer, ein sogenannter Zentrumsarbeiter, eine Rede, in der er sich nicht etwa für die Interessen der Arbeiter aussprach, sondern dem Minister im Namen der nationalen Arbeiter für das, was er angeht für die Arbeiter getan habe, Dank aussprach und ihn gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie scharf machte. Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

#### Wahlprophezeiungen.

Die „Nationalzeitung“ veröffentlichte in der Neujaresnummer eine Sammlung von Prophezeiungen über den Ausfall der Reichstagswahlen. In Nr. 44 vom 21. Februar wird nur das Spiel fortgesetzt. Auch Babel hat unter ausdrücklicher Verwahrung dagegen, daß er prophezeien wolle, seine Meinung beigeäußert; er sagt:

„Ich habe natürlich den dringenden Wunsch, daß meine Partei bei den Wahlen glänzend abschneide, aber zu der hohen Mandatszahl, die uns Sozialdemokraten gegenüber als sicher in Aussicht stellen, verweigert sich mein Optimismus nicht.“

Der nationalliberale Abg. Weber meint, die liberalen Erfolge hingen lediglich von der liberalen Wahlarbeit ab; sei der Liberalismus einig, könne er mit Ruhe den Wahlen entgegensehen.

„Deshalb sollten die unglücklichen Kleinlichen Reibereien der liberalen Gruppen untereinander, die so oft auf persönlicher Eitelkeit provinzieller Führer, seltener auf tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten beruhen, hinter den großen Gedanken zurücktreten, daß nur ein einig Liberalismus in der Lage ist, das durch die Schuld anderer Parteien hervorgerufene Vordringen der Sozialdemokratie wirksam aufzuhalten. Der Liberalismus steht vor dem vielleicht wichtigsten Wendepunkte seiner Geschichte.“

Ein ungenannter heffischer Zentrumsabgeordneter berechnet die Wahlausichten in Hessen-Nassau:

Wie sich die künftige Vertretung gestalten wird, hängt davon ab, ob die Linke bei den Stichwahlen mit den Sozialdemokraten oder mit den anderen bürgerlichen Parteien in sich verständigen wird.

Im ersten Falle würde die Wirtschaftliche Vereinigung die schwersten Verluste erleiden, die Sozialdemokratie den Hauptvorteil haben, es käme dann etwa folgende Verteilung heraus:

Soz. Freis. Natib. Zentrum Ref. u. Wirtschaft. Bg.

Im andern Falle, d. h. wenn die bürgerlichen Parteien bei den Stichwahlen zusammen gegen die Sozialdemokratie gehen, würden erhalten:

Soz. Freis. Natib. Zentrum Ref. u. Wirtschaft. Bg.

Für die Sozialdemokraten steht also am meisten bei der Sache auf dem Spiel, da sie bei lokalem Zusammengehen der bürgerlichen Parteien im genannten Bezirk überhaupt kein Mandat erhalten, andernfalls mehr als die Hälfte aller Mandate.

Die Sozialdemokratie hat jetzt sechs Mandate im Besitz.

Interessanter als diese Prophezeiungen ist ein Tröstartikel für die Konservativen, in dem die klerikale „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 151 vom 20. Februar) dem treuen Blockbruder vorrechnet, daß er eigentlich recht gute Chancen habe und garnicht so betrübt dem Wahlkampfe entgegenzusehen brauche. Der Wahlkämpfer des Zentrums unterzieht die Wahlreise, die die Konservativen früher schon einmal im Besitz gehabt oder in denen sie in die Stichwahl gekommen sind, einer Prüfung auf die Möglichkeit eines Sieges hin. Das Resultat seiner Untersuchungen ist nicht gerade sehr ermunternd, aber er glaubt doch, daß sich ohne hoch zu rechnen, die Zahl von etwa 20 Kreisen ergebe, meist gegenwärtig liberal vertreten.

in denen die Konservativen mit guten, teils sehr guten Ausichten auf Neueroberungen in den nächsten Wahlkampf ziehen.

Betrachtet man aber die Verhältnisse in den jetzigen konservativen Eichen, so dürfen wenigstens 30 bis 35 schon in der Hauptwahl für die Konservativen gesichert gelten. Dazu dürften die Konservativen doch auch noch verschiedene ihrer jetzigen Mandate in der Stichwahl behaupten, so daß wohl etwa 40 jetzige konservative Kreise der Rechten erhalten bleiben dürften. Kommen dazu alsdann noch einige Neueroberungen, dann dürften die Konservativen ohne große Schwächung in den Reichstag zurückkehren. Dann aber wären schon alle liberalen Hoffnungen und Träume zerstört, der Liberalismus in das der konservativen Partei gegrabene Grab gesunken. Denn da ein starker Verlust liberaler Mandate an die Sozialdemokratie bombensicher ist, bestand bisher für die Liberalen nur der eine Trost, daß Träumereien über Schabloskaltung durch Eroberung konservativen Terrains wohlfeil sind.

Zum Schluß sei noch dem Propheten Lattmann das Wort gegeben; dieser antisemitische Abgeordnete hat in einer Versammlung in Halle erklärt:

„Jetzt, nachdem das Tischloch zwischen rechts und links durch das Redebuell Schiffer-von-Hendeband endgültig zerschnitten sei, müsse man ernstlich damit rechnen, daß die Sozialdemokratie allein aus diesem unseligen Zwist einen Gewinn von achtzig Eichen buchen werde, während die Rechte und die bürgerliche Linke gleichmäßig je 40 Mandate verlieren würden.“

#### Die Versicherung der Privatbeamten.

Es hat den Anschein, als ob die Schaffung dieser dringend notwendigen Versicherung noch geraume Zeit auf sich warten lassen werde. Der Entwurf, über den sich die Interessenten jetzt streiten, ist keineswegs etwa eine Vorlage an Bundesrat und Reichstag, sondern nur ein Vorentwurf, der die Regierung zu garnicht verpflichtet. Dieser Vorentwurf muß nun im Reichsamte des Innern erst umgearbeitet werden, dann geht er an die einzelnen Regierungen, von dort aus an den Bundesrat und dann erst an den Reichstag. Die antisemitischen Quertreibereien dürften einer baldigen Erledigung der Materie auch nicht gerade förderlich sein. Jedenfalls ist es sehr fraglich, ob das Gesetz noch in diesem Reichstage zustande kommen wird.

#### Schwarzblauer Wahlkniff.

Graf v. Mirbach hat im Herrenhause beantragt, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in geeigneten, insbesondere kleineren Organen eine offizielle, gemeinverständliche Darstellung des Inhalts der Reichsfinanzreform von 1909 zu geben, sowie der durch die Steuererhöhungen bedingten Preiserhöhungen im Gebiete der Konsumsteuern.

Der edle Graf begründet seinen Antrag damit, daß auf die von den neuen Steuern betroffenen Artikel unberechtigte Preiszuschläge gelegt wurden, die weit über die Belastung durch die Steuern hinausgehen. Letzteres ist zweifellos richtig, aber das vermag die schwarz-blauen Steuerfänger nicht zu entlasten, denn diese Verteuerung ist erst durch die neuen Steuern ermöglicht worden, ganz besonders dadurch, daß man den Bierbrauern und den Streichholzfabriken auf Jahre hinaus die Konkurrenz fernhielt; denn neu entstehende Betriebe dieser Art müssen eine höhere Steuer bezahlen, weshalb das Kapital die Hand von solchen Gründungen läßt. Die „offizielle gemeinverständliche“ Darstellung kann, wenn sie den Intentionen des Schnapsblocks entsprechen soll, nur eine Vertuschung der Wahrheit sein. Das haben Konservative und Zentrum schon nach Abschluß der Reichsfinanzreform von der Reichsregierung verlangt. Diese war einmal ausnahmsweise vernünftig und ließ die Hand davon. Nun soll die preussische Regierung dieses Geschäft übernehmen, d. h. ihren Landräten die Anweisung geben, diese „Aufklärung“ in die Wege zu leiten. Der Antrag dürfte in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen.

#### Die Kröcherei im preussischen Dreiklassenhause.

Nach einer Meldung der Berliner „Börsezeitung“ wird die Geschäftsordnungskommission bereits in aller nächster Zeit zusammentreten, um den Vergewaltigungsantrag zur Mundtotmachung der Sozialdemokratie, den Antrag Bronnenstein zur „Vervollständigung“ der Geschäftsordnung zu beraten. Es soll beabsichtigt sein, Bestimmungen zu treffen, „daß bei Beratung größerer Entwürfe die Rednerliste so aufgestellt wird, daß die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke zum Worte kommen und eine Auslosung oder der Zeitpunkt der Wortmeldung nicht in Betracht kommt. Für die Besetzung von Kommissionen sind verschiedene Vorschläge gemacht, das Präzedenzrecht soll nicht von den Abteilungen, sondern von den Fraktionen ausgeübt werden, und zwar sollen als Fraktionen nur Gruppen über 15 Mitglieder gelten.“

#### Ein Opfer der Duellwut.

Der Kreistag in Wirlich hat mit großer Mehrheit dem Grafen v. d. Goltz die standesherrlichen Rechte abgeprochen. Der Graf hielt sich aber für riesig standesgemäß und bewies dies zunächst dadurch, daß er seine Widersacher zum Duell forderte; die eine Duell-Kauferei, mit einem Better des Reichskanzlers, ist bereits ausgefallen, — zwei Köcher in die Luft geschossen! Der Graf forderte nun aber auch noch den Vorsitzenden des Kreistages, den Landrat Grafen Wartensleben, vor die Pistole. Dieser lehnte vernünftigerweise ab, mit dem Erfolg, daß er jetzt seinen Abschied als Landrat nehmen mußte. Der Graf v. d. Goltz wird sich nun mit seinen Gegnern solange duellieren, bis sie ihn wieder für „standesgemäß“ halten; vielleicht wird er dann Landrat.

#### Wieder Antenschläge gegen die Hochflut?

Schreckensberichte über das Steigen der sozialdemokratischen Hochflut laufen wieder im Lande herum. Da berichten z. B. die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Mit einer Jahreseinnahme von mehr als 50 Millionen Mark rechnen allein die politischen und gewerkschaftlichen Zentralkomitees der Sozialdemokratie. Erheblich höher noch wird man die Einnahmen der Sozialorganisationen ansetzen müssen. . . . Der „Vorwärts“, der inzwischen auch noch Paul Eingers Millionenerbschaft gemacht hat, zog aus Abonnements und Interaten etwa 1,2 Millionen in seinem letzten Geschäftsjahre. . . . Zweihundertachtzig Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen wirken als sozialdemokratische Werbebureau. Die Sozialdemokratie zählte im vergangenen Jahre 56 Reichstagsabgeordnete, 145

Landtags- und Bürgerschaftsabgeordnete. In 300 Stadtverordnetenkollegien hatte sie 1368 Vertreter und in 1779 Landgemeinden deren 4789. In 38 Städten und in 98 Landgemeinden ist sie auch schon in den Magistrat und in den Gemeindevorstand eingedrungen; in diesen Instanzen ist sie bereits mit 151 Vertretern in den Städten und mit 159 Vertretern in den Landgemeinden. In den Wanderkursen des letzten Jahres wurden 8969 Männer und 668 Frauen für die Agitation ausgebildet. Zählen wir die sozialdemokratischen Zungenstellen aller Kranken- und Hilfskassen, aller Konsumvereine, aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammen, so rechnen wir nach Dr. Lohm 30 000 besoldete Agitatoren der Partei heraus.“

Das Scharfmacherblatt verfolgt mit der phantastischen Ziffer von den 30 000 sozialdemokratischen Agitatoren den ausgesprochenen Zweck, die Spießbürger gruselig zu machen. Es schwindelt seinen Lesern eine neue sozialdemokratische Millionenerbschaft vor, es läßt der Sozialdemokratie kalifornische Goldbräutler an, nur um die deutschen Angstmeyer gegen die „falsche Duldung“ der Sozialdemokratie mobil zu machen.

Dem Spießbürger soll die Vorstellung beigebracht werden, daß die sozialdemokratische Hochflut bald vernichtend über seinen Kopf hinwegrauscht. Und der Sammerkerf wird dann wieder ängstlich nach Rettung schreien. Aber als rettender Mann gegen die stürmische Hochflut wird ein neuer richtiger Keryx erscheinen, der Elementargewalten mit Kuten zum Gehorsam bringen will!

#### Der Miß im Zentrumsturm.

In den Reihen der Zentrumstraktion spielen sich heftige Kämpfe ab, eine Tatsache, an der kein Zweifel möglich ist. Die „Schlesische Volkszeitung“ glauberte dieser Lage aus der Schule und bestätigte die längst gehegten Vermutungen. Das zitierte Blatt schrieb nämlich:

„Graf Oppersdorf, Mitglied des Reichstages, hat vor längerer Zeit scharfe Angriffe gegen seinen Fraktionskollegen, den Grafen Braschmar, gerichtet und durch eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet. Der Vorstand der Fraktion des Reichstages hat, wie die „Reißer Zeitung“ zu melden weiß, dem Grafen Oppersdorf wegen seines Vorgehens die schärfste Mißbilligung schriftlich und mündlich ausgesprochen, weil seine Polemik die schuldige Rücksicht gegen einen Kollegen verleierte. Auch mit seinen neueren Angriffen gegen Professor Dr. Martin Spahn, Reichstagsabgeordneter für Högter-Warburg, insbesondere mit der Art der Verbreitung der bekannten Broschüre hat sich der Vorstand der Fraktion beschäftigt und unbeschadet der Stellung zu dem Abg. Professor Spahn selber in derselben Weise scharf geurteilt.“

Die größere Zentrumspresse hat die drohende Gefahr längst erkannt, weshalb sie eifrig nachzuweisen versucht, daß der katholische Glaube ernstlich bedroht sei, um dem Zentrum durch das Hervorrufen einer Kulturkampfstimmung über die jetzige unangenehme Situation hinwegzuhelfen.

#### Die heffische Mißere.

Der heffische Landtag tritt am Mittwoch, dem 22. Februar wieder zusammen. Er hat für Hessen-bedeutungsvolle Aufgaben zu erfüllen. Zunächst hat er endgültig das Wahlreformwerk zu erledigen. Die Herrenkammer hat das reaktionäre Nachwerk, das die bisherigen Rechte des arbeitenden Volkes in Hessen erheblich verschlechtert, das Pluralwahlrecht eingeführt, den mindestens einjährigen Besitz der Staatsangehörigkeit (neben dem dreijährigen Wohnsitz) vom Wähler fordert, die Steuererhöhdungsklauseln verschärft, noch weiter verhunzt. Bei der Zusammenkunft der zweiten Kammer ist mit der Annahme der Vorlage zu rechnen.

Viel mehr Sorgen wird den Herren die Gestaltung des Staatsbudgets für 1911 machen. Während im letzten Etatsjahr trotz der Verwendung fast des ganzen noch vorhandenen Ausgleichsfonds noch eine fünfzehnprozentige Steuererhöhung notwendig war, um den Etat balanzieren zu können, kommt der neue Finanzminister nicht nur ohne weitere Steuererhöhung aus, trotzdem er verstärkte Schuldentilgung vorsieht, er will auch noch einen Einnahmeüberschuß von 1316 000 Mk. zur Wiederauffüllung des schwindlichen Ausgleichsfonds erzielen. In Wahrheit ist das freilich eitel Spiegelfechtere, der neue Finanzkünstler kann so wenig wie der alte aus dem, was garnicht vorhanden ist, allerlei hübsche Sachen schaffen. Während die Staatsschuld Hessens von Jahr zu Jahr um mindestens 5 Millionen Mark wächst, — Hessen ist längst der meist verschuldetste der deutschen Bundesstaaten — während seit Jahren fast nichts von dieser Schuldenlast getilgt wird, leiden die wichtigsten Aufgaben des Staates bitter Not. Zu den dringendsten Verpflichtungen des heffischen Staates gehört seit langem eine Reform der Beamtenbefoldungen. Gilt doch in Hessen noch die Befoldungsordnung vom Jahre 1898, die natürlich die mittlerweile eingetretene gewaltige Verteuerung der Lebensbedürfnisse ganz unberücksichtigt läßt. Eine auch nur zehn Prozent betragende Erhöhung der Befoldung der Beamten und Anwärter mit einem Höchstgehalt bis 2000 Mark würde eine halbe Million Mark Mehrausgaben jährlich verurlichen.

Das heffische Finanzelend hat seine Ursache allein in der preussisch-heffischen Eisenbahngemeinschaft. Nach der Auslieferung der heffischen Bahnen an Preußen wurden für die Berechnung des an Hessen fallenden Ertragssteiles die Ziffern zugrunde gelegt, die sich aus der künstlich niedergebhaltenen Frequenz der vorhergegangenen Jahre ergaben. So wurde Hessen um jährlich 6-7 Millionen Mark geschädigt. Auf der anderen Seite aber hat Hessen alle durch den nunmehr nach dem „Friedensschluß“ ganz bedeutend erhöhten Verkehr erforderlich werdenden Aufwendungen allein zu tragen, hat in den letzten 13 Jahren deshalb seine Eisenbahnschuld um jährlich durchschnittlich 10 Millionen Mark vermehren müssen, ohne davon auch nur einen Pfennig amortisieren zu können. So gibt das kleine Hessen das Kapital her, während sich Preußen daraus die Rente zu Gemüte führt. Eine Änderung dieser Verhältnisse, kann nur eine Revision des preussisch-heffischen Eisenbahn-Vertrages bringen. Dazu hat aber weder die heffische Regierung, die immer mehr verpreußt, noch die klerikal-national-antisemitische Land

tagsmehrheit, die ebenso aus Angst vor der Sozialdemokratie sich immer mehr der preussischen Reaktion in die Arme wirft, das Zeug. In Gelegenheit zum erfolgreichen Widerstand hätte es gewiß nicht gefehlt, hat doch jüngst erst die Frage der Schiffsfahrtsabgaben Hessen eine günstige, leider verpaßte Gelegenheit, sich Preußen un bequem zu machen, geboten. Und so wird auch der nun zusammen tretende Landtag nicht den einzig möglichen Weg der Rettung Hessens einschlagen, sondern Fortwursteln und zu verlustigen suchen, bis das Ende, der finanzielle Zusammenbruch Hessens, gekommen ist.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Wittwoch, den 22. Februar.

Zum gemeinsamen Kandidaten der Lübecker National liberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und des Reichsvereins wurde gestern Abend in einer mäßig besuchten Versammlung aller dieser Vereinigungen der Volkstretär Julius Klein proklamiert. Dann folgte die „Programmrede“ des neuen Kandidaten, welche durchweg aus den sattsam bekannten „nationalen“ Redewendungen bestand. Herr Klein wandte sich zunächst dagegen, daß man ihn als Mischmaschkandidaten bezeichnet. Die Versammelten brachen aber darüber nicht in ein lautes Gelächter aus; sie hatten anscheinend kein richtiges Verständnis für unfreiwilligen Humor. Daß Klein für den volksfeindlichen Mischmasch eintritt, betonte er mit erfreulicher Deutlichkeit. Im Zusammenhang damit nahm er eine recht byzantinische Bewehrung der Hohenzollern vor, die sich aus angeblich liberalen Mund außerordentlich seltsam ausnahm. Die Sozialdemokratie erhebt natürlich auch ihr Teil. Am meisten wurmt es anscheinend den Mischmaschkandidaten, daß wir in 20 Jahren keine Programmänderung vorgenommen haben. Natürlich paßt dem Herrn unser ganzes Programm nicht, das „auf längst widerlegten, zum Teil 70 Jahre alten, aber deswegen nicht richtiger gewordenen Theorien von Stubengelehrten aufgebaut ist.“ Verehrter Herr Klein, welche Programmpunkte sind denn widerlegt und von wem? Mit derartigen demagogischen Äußerungen über das sozialdemokratische Programm mag man vielleicht bei Leuten, die keine Ahnung von dem Wesen der Sozialdemokratie haben, Eindruck machen; bei anderen gewiß nicht. Die Sozialdemokratie macht es allerdings nicht wie die Fortschrittliche Volkspartei, die für den öffentlichen Gebrauch ein allgemeines Programm zusammenstellt, dessen verschiedene Forderungen sie nach Bedarf für einzelne Bundesstaaten außer Kraft setzt. Wir erinnern nur daran, daß der liberale Programmpunkt betr. die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Lübeck annulliert worden ist. Und vor kurzem konnte man erst in der Bürgerchaft beobachten, wie die Forderung einer gerechten Besteuerung mit Züssen getreten wurde. Für die Kandidatur Klein traten beziehungsweise in der gestrigen gemeinsamen bürgerlichen Versammlung auch zwei Reichsverbändler, nämlich der Ingenieur Closs und der Generalmajor Stern ein. Dadurch bekommt die Kandidatur erst den richtigen Charakter. Anderswo lehnten wirkliche Liberale jede Gemeinschaft mit dem Reichsverband und seiner unantastbaren Kampfwelt ab. In Lübeck ist dieser selbe Reichsverband, dessen bekannte Scheu vor der Wahrheit aus dem letzten Wahlkampf hier wohl noch in aller Erinnerung sein dürfte, die Hauptstütze der sogenannten Liberalen! Da kann man sich ja wieder auf allerlei gefaßt machen. Uns kann die Veränderung der Liberalen und Reichsverbändler nur recht sein, denn sie zeigt am deutlichsten, welcher Art der Mischmasch und sein Kandidat ist. An der gestrigen Aufstellung der Kandidatur Klein nahmen die Landesverbändler und das Zentrum nicht teil.

**Aus dem Berichte der Schulkollegien und über Mischmaschkandidatur.** Im Verein für Schulgesundheitspflege wird Herr Medizinalrat Dr. Niesel das Wissenswerteste und Beherzigenswerteste aus dem zweiten Bericht der Schulkollegien vortragen, und Herr Dr. med. Oskar Meyer wird über Mischmaschkandidaturen sprechen, die bekanntlich sehr verschlimmert werden können durch vielerlei Sünden, die infolge unserer Einrichtungen an der Jugend begangen werden. Diese links- und rechtsseitigen Verkrümmungen sind viel häufiger als allgemein angenommen wird; sie sind nicht so auffällig wie die sogenannte „schlechte Haltung“, darum aber nicht weniger beachtenswert. Die Vorträge finden statt am Montag, dem 27. Februar, abends um 8 1/2 Uhr, im Bildersaal der Ges. z. Bef. gem. Tätigkeit.

**Die polizeiliche Verordnung betr. den Besuch der Vorstellungen in den Kinematographentheatern** ist gestern vom hiesigen Schöffengericht für rechts gültig erklärt worden. Wie wir in der vorigen Woche berichteten, hatten die Besizer zweier Kinematographentheater eine ganze Anzahl Strafmandate wegen Übertretung dieser Verordnung erhalten, gegen die sie richterliche Entscheidung beantragten. In der Schöffengerichtssitzung zweifelte ihr Rechtsbeistand die Gültigkeit der Verordnung überhaupt an. Gestern wurde nun das Urteil verkündet. Es lautete gegen den einen der Angeklagten auf 3 Mk. Geldstrafe und gegen den anderen auf 6 Mk. Geldstrafe wegen der ersten Übertretung und auf 625 Mk. wegen der übrigen 20 Übertretungen. Wegen zweier Übertretungen erfolgte Freispruch. Der Staatsanwalt hatte gegen den zweiten Angeklagten nur insgesamt 35 Mark Geldstrafe beantragt, da nach seiner Meinung eine fortgesetzte Handlung vorlag. Das Gericht teilte diesen Standpunkt jedoch nicht. Bezüglich der Rechtsgültigkeit der Verordnung wurde ausgeführt, daß ihre Bestimmungen nicht gegen Reichsgesetze verstoßen. Auch sei das Polizeiamt zum selbständigen Erlaß der Verordnung berechtigt gewesen, da sie innerhalb des Rahmens liege, den der Bürgerausschuß für derartige Fälle geschaffen habe. Eine Mitwirkung des Senates und der Bürgerchaft war deshalb nicht notwendig. Es ist nicht anzunehmen, daß die Verurteilten sich bei dieser schöffengerichtlichen Entscheidung beruhigen.

**Die hiesige Seesquarantäneanstalt wegen Milzbrandseuche geschlossen.** Das Medizinalamt macht bekannt: Nachdem am 20. ds. Mts. in der hiesigen Seesquarantäneanstalt die „Milzbrandseuche“ ausgebrochen ist, wird die Anstalt bis auf weiteres für den Ein- und Austrieb von Vieh geschlossen.

**Die Sperre über das Geschäft von J. J. Struve** (Castell) dauert unverändert fort. Daß die Firma sehr wohl imstande ist, den geforderten höheren Lohn zu zahlen, geht daraus hervor, daß sie den Arbeitswilligen — denen sich jetzt einer der Streikenden beigefügt hat — diesen höheren Lohn zugewährt.

**Nachtrag zur Fischereivordnung.** Der Senat hat beschlossen und verordnet: Die Bestimmung im Paragraph 17, Ziffer 6 der Fischereivordnung vom 27. April 1887 in der Fassung des zweiten Nachtrags vom 22. September 1899 wird dahin abgeändert, daß sie für die Folge zu lauten hat: Paragraph 21. Bei dem Fischfange ist verboten: e. in den der Küstenschifferei unterworfenen Gewässern die Anwendung

von Strohwadern, von Nagelstern, von sogenannten Buttriesen oder Buttwadern und die Anwendung von Schleppnetzen, welche mittels Segel- oder Dampfkraft auf dem Boden der Gewässer geschleppt werden (Zeelen usw.).

**Gefühle um Aufnahme in das Waisenhaus** sind von den Müttern oder den Angehörigen der Kinder in Begleitung der letzteren am Fastnachtmontag, dem 27. Februar, morgens 9 Uhr, im Waisenhaus anzubringen. Lausschein, Impfschein und letztes Schulzeugnis des Kindes sind dabei einzubringen.

**Aus dem Gerichtssaal.** Vor dem Schöffengericht hatten sich gestern zwei junge Leute wegen Fahrraddiebstahls zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft beantragte je einen Monat Gefängnis; das Urteil ergab ebenfalls dahin. Auf Antrag des einen Angeklagten werden zwei Wochen der erlittenen Unterhaft angerechnet. — Ein als Hilfschaffner an der Straßenbahn Angestellter hatte sich wegen Unterschlagung von 10 Pfg. zu verantworten. Er soll einen schon benutzten Fahrschein wieder einem Fahrgast verabfolgt und somit versucht haben, sich rechtswiegend in den Besitz von 10 Pfg. zu setzen. Urteil 20 Mk. Geldstrafe oder 6 Tage Haft. — Zwei Arbeiter in Schlupf verspürten große Lust, den in einer Küche arbeitenden und dort wohnenden Mädchen einen Besuch abzustatten, sie wurden aber von dem Vorarbeiter in der Küche bemerkt und hinausgewiesen. Nun hatten sie sich wegen Hausfriedensbruch zu verantworten; da einer von ihnen erst kürzlich wegen desselben Delikts bestraft ist, so wird dies in Berücksichtigung gezogen und erhält derselbe drei Wochen Gefängnis, während der andere mit 20 Mk. Geldstrafe eventuell vier Tagen Haft davonkommt.

**Über die Verschlechterung des Klimas durch die großen Städte und die Industrie** plauderte B. J. Franck in der Monatschrift „Die Welt des Kaufmanns“. Er schreibt da: Als Ursache dessen, daß über den großen Städten ständig eine Schicht schlechter, verborbener Luft lagert, die einen großen Teil der Sonnenstrahlen verschluckt und Anlaß zu häufigen und hartnäckigen Nebelbildungen gibt, sieht man vorwiegend das Übermaß von Rauch an, das sich in Industriezentren in die Lüfte erhebt. Unsere Städte sind zu dicht gebaut. Das ist an sich ein Nachteil, besonders wenn in den unzähligen Haushaltungen unzweckmäßiges Brennmaterial verwendet wird. Was kann als solches gelten? Torf, Braunkohle, Holz, mindere Steinkohle, zweckmäßiges Brennmaterial dagegen sind Anthrazit, Koks und Bricketts. Sie verbrennen vollständig, füllen die Luft nicht mit den Produkten unvollständiger Verbrennung, nämlich mit schwefeliger Säure, Kohlenstoffdioxid, Kohlenwasserstoff und Kohlenoxyd. Von diesen Verbrennungsprodukten wirken die Gase an sich schädlich, die festen Teilchen aber bilden den Sonnenschirm und sie sind es, die „Kondensationskerne“ für die Nebeltröpfchen wirken und dadurch zur Nebelbildung in der Stadt Anlaß geben, wenn ringsum alles sich des Sonnenscheins freut.

Ein Ofen macht allerdings nicht viel, aber 50 000 Haushaltungsofen geben einen großen Unterschied, je nach dem verwandten Heizmaterial. Hier kann also jeder selbst beitragen zur Besserung oder Verschlechterung seiner Laune. Das ist die eine Hälfte des Problems, die andere geht die Fabriken an. Sie können durch dreierlei an der Gefährdung der Verhältnisse mitwirken. Auch für sie ist die Wahl des Brennmaterials ausschlaggebend. Daneben aber die Verwendung von rauchverzehrenden Apparaten, wie es sie heute in großer Vollkommenheit gibt und wie sie von der Gefährdung in wachsendem Maße vorgeschrieben werden. Fast ebenso wichtig aber ist für die Industrie die Technik des Heizens. Ein rationelles Heizverfahren soll nach Ansicht der Sachleute die Rauchentwicklung einer Stadt auf die Hälfte vermindern können. Es muß etwas Wahres daran sein, sonst würde man nicht zur Errichtung von Heizerschulen schreiten, in denen sparames und hygienisch einwandfreies Heizen gelehrt wird. Nun liegt es an der Gesamtheit, zur Tat zu schreiten, vor allem jene aufzuklären, die unter den Tatsachen leiden, deren Ursache sie nicht kennen, und dann, wenn endlich eine „öffentliche Meinung“ entstanden ist, durch ihr Gewicht die Änderung herbeizuführen, die schließlich auch bei der Sanierung der Luft ebensowenig ausbleiben wird, wie sie bei der „Gesundung“ des Bodens und des Wassers der Städte ausbleibt, als man ihre Notwendigkeit einfaß.

**pb. Vermißt.** Am Sonntag, dem 19. d. Mts., hat sich das Dienstmädchen Frieda Dora Catharina Auguste Blöb, geb. am 11. Februar 1895 in Lübeck, aus dem Hause seiner in der Fleischhauerstraße wohnenden Dienstherrin entfernt, um an einem im Konzerthaus Flora stattgehabten Balle teilzunehmen. Das Mädchen ist auch von Befragten dort gesehen worden, aber bis heute nicht nach Hause zurückgekehrt. Es ist von mittlerer kräftiger Statur, hat dunkles, krauses Haar, und war beim Fortgehen mit schwarzem Hut, hellgrauem Jackett, weißer Bluse und schwarzem Kleiderrock bekleidet. Es dürfte dem Mädchen ein Unglück zugestoßen sein. Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Schüsselbuden, 16. I. oder auf der nächsten Polizeiwache zu melden.

**pb. Fahrraddiebstahl.** Von dem Stur eines Hauses in der Königstraße ist gestern Abend gegen 8 Uhr ein Fahrrad mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 6003 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und gerade Lenkstange. Der vordere Radmantel ist fast neu, auf dem hinteren Radmantel befindet sich ein zirka 20 Zentimeter langer Flicken.

**pb. Entwendetes Portemonnaie.** Am 21. ds. Mts., gegen 7 Uhr abends, ist einem fremden Arbeiter sein Portemonnaie mit etwa 5 Mk. Inhalt gestohlen worden. Außer dem Gelde befand sich in dem Portemonnaie ein Gepäckhinterlegungsschein. Der Dieb ließ sich auf Grund dieses Scheines in der Gepäckhinterlegungsstelle des hiesigen Hauptbahnhofes einen dem Bestohlenen gehörigen Schloßkorb geben. Der Schloßkorb enthielt folgende Sachen: 1 braune getreifte Hose, 1 graugetreifte Weste, 1 dunkler Rock, 1 Paar Knopfschuhe, 1 Normalhemd, 1 rotgetreiftes Vardenthemd, 1 gestreiftes Mitterhemd, 6 bunte Vorhemde, darunter eins mit einem Stehragen.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, geht als 4. Vorstellung im Wagner-Zollus die Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ in Szene. — Am Freitag gelangt in neuer Einfudierung das Schauspiel „Ein Wintermärchen“ mit der Musik von v. Flotow zur Aufführung. — Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Mittelpreisen ein nochmaliges Gastspiel des berühmten Charakter-Komikers Waller in der großen Gefangnisse „Der Registrator auf Reisen“ statt. Der ausgezeichnete Künstler zählt diese Rolle zu seinen glanzvollsten Leistungen, welche unwiderstehlich auf die Zuschauerschaft der Zuschauer einwirken.

**Stoßelbörse.** Die Monatsversammlung der Genossinnen findet am kommenden Donnerstag Abend bei E. Baetau-Hadenburg statt. Da die Besprechung des Frauentages auf der Tagesordnung steht, so ist es Pflicht jeder Parteigenossin, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Schwartz.** Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins veranstalten am Freitag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Transvaal ein gemüthliches Wollammsfest. Da die Veranstaltung kostenlos ist, steht wohl zu erwarten, daß recht viele Frauen daran teilnehmen.

**Möller.** Und in den Saaren liegen sich beide, wird man bei der nächsten Reichstagswahl auch im 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Herzogtum Lauenburg) sagen können. Denn die Nationalliberalen haben als Kandidaten den Prof. Harries-Kiel aufgestellt. Der Kreis wird jetzt von dem eifrigen Blockbruder Rechtsanwält Henschler-Hamburg vertreten, der zwar als Hospitant der Freisinnigen Vereinigung firmierte, aber in der Bestimmung und in seiner Betätigung als Parlamentarier einem wackrigen Nationalliberalen nichts nachgibt. Deshalb also die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufstellen, ist nicht recht ersichtlich. Nur die Firma ist gemischt, der Inhalt ist derselbe geblieben. Hoffentlich sorgt die durch die Blockbrüder geschaffene Erregung dafür, daß beiden Kandidaten ein „Alles Begräbnis“ zuteil wird.

**Obesloe.** Ein Theaterkandal, wie ihn Obesloe noch nie erlebt hat, ereignete sich Sonntag Abend im „Hotel zur Krone“. Ein sogenanntes „Hamburger neues Operetten-Ensemble“, Direktion Sobmann-Alberti, hatte die Aufführung des „Zigeunerbaron“, Operette in fünf Aufzügen von Strauß, angekündigt und alle Welt strömte ins Theater. Statt der Straußschen Operette brachte die Gesellschaft jedoch ein uraltes Stück, betitelt „Die Singquartierung oder Hochmut kommt vor dem Fall“ unter dem Titel „Der Zigeunerbaron“ zur Darstellung. Und das ließen sich die Obesloer nicht gefallen. Bereits beim zweiten und dritten Akt gaben einige aus dem Publikum durch Pfiffe ihrer Unzufriedenheit über das Gebotene Ausdruck. Der letzte Akt wurde von Pfiffen, Johlen und Getrappel überdönt, daß kein einziges Wort mehr zu hören war. Man sah wohl Gesen und Gestikulationen auf der Bühne, denn die Gesellschaft spielte weiter, doch konnte man kein Wort mehr verstehen. Es entstand ein unbefriedigender Kadaver, der noch anhält, als sich der Vorhang senkt hatte.

**Schönberg.** Eine Volksversammlung fand hier am Sonntag statt; der Genosse Leu und die Genossin Leu-Schwartzau hatten gemeinsam das Referat übernommen. Während ersterer über die Entwicklung der genossenschaftlichen Ideen sprach, erläuterte letztere den praktischen Wert des Konsumvereins für die Arbeiterfrau. Reichen Beifall spendeten die über 200 Anwesenden. Die Genossin Leu empfahl dem Schönberger Verein, sich Lübeck anzugliedern, da sie durch den größeren Zusammenschluß auch weit größeren Vorteil hätten.

**Wilhelmshaven.** Aus verschmähter Liebe. Die Tochter des Werkmeisters Reihner, der im hiesigen Zinnwerk beschäftigt ist, hatte mit dem in der Bernharstraße in Hamburg wohnenden Klempner Jonny Gehren ein Liebesverhältnis. Als der Bräutigam gestern nachmittag seine Braut besuchte, gab sie ihm zu verstehen, daß sie das Verhältnis lösen wolle. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung, während welcher der verschmähte Liebhaber aus einem Revolver zwei Schüsse auf das Mädchen abgab. Eine Kugel verlegte das Mädchen am Arm, die andere drang in den Rücken ein. Der Täter wurde nach kurzer Zeit in seiner Wohnung in Hamburg festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

**Bremerhaven.** Wegen Reichsverbandsbeleidigung verurteilt wurde am letzten Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht Genosse Warg von der „Norddeutschen Volkstimme“. Kläger war der Provinzialsekretär des Reichsverbandes zur Beschimpfung der Sozialdemokratie, ein Herr Komoll aus Hannover, der sich durch einen Lokalartikel über Praxis und Taktik des Reichsverbandes getroffen fühlte, obwohl er persönlich in dem Artikel garnicht genannt war. Das Gericht ließ nun abwehrend von vielen ähnlichen Fällen den Wahrheitsbeweis zu, sobald Genosse Warg Gelegenheit hatte, vor Gericht aus einer großen Zahl von Flugblättern und Zeitungsnachrichten den Nachweis zu führen, daß der Reichsverband seine bekannte Kennzeichnung wirklich verdient. Dennoch kam das Gericht zu einer Verurteilung. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Reichsverband eine geschlossene Organisation habe und daß demzufolge Herr Komoll, wie jedes andere Mitglied durch Angriffe auf die Organisation sich beleidigt fühlen und Strafantrag stellen könne (1). Die beleidigenden Ausdrücke seien in einer politischen Polemik gefallen, weshalb sie nicht allzu schwer ins Gewicht fielen. Eine Verurteilung müsse jedoch erfolgen. Als nicht festgestellt erachtet es das Gericht, daß der Privatkläger persönlich beleidigt ist. Der Tatbestand des § 186 sei nicht gegeben. Das Urteil lautete auf 50 Mk. Geldstrafe. — Die „Volkstimme“ bemerkt dazu: Nach der Logik dieses Urteils wird in Zukunft auch jedes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, einer gewiß festgelegten, bestimmt umgrenzten Organisation, berechtigt sein, gegen Angriffe des Reichsverbandes oder sonstiger Korporationen und Personen auf die Partei Klage zu vorzugehen. Vielleicht können wir in nächster Zeit einmal die Probe aufs Exempel machen.

**Bremerhaven.** Ein 30-Millionen-Projekt. Ein riesenhaftes Unternehmen, das nach seiner endgültigen Ausführung für die zukünftige Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens im ganzen Unterwesergebiet von heute noch gar nicht absehbarer Tragweite sein würde, wurde am Sonntag Abend in seinem ganzen beabsichtigten Umfange vor einer besonders zusammengesetzten Versammlung entrollt. Die Tagung fand in der geräumigen Aula des Bremerhavener Gymnasiums statt und hatte etwa ein halbes Tausend Teilnehmer gefunden. Diese setzten sich aus den fast vollständig erschienenen Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden und Kollegien der drei Unterweserrorte, sowie einer namhaften Anzahl Herren ihrer Industrie, Handels- und Gewerbetwelt zusammen, die schon vor Eintritt in die Verhandlungen mit größtem Interesse die ausgearbeiteten Pläne besichtigten und eifrig besprachen und dem erklärenden Referat mit größter Spannung folgten. Es handelt sich um das Projekt einer doppelgleisigen elektrischen Vorkorbahnverbindung Bremen-Unterweser. Die Bahn ist abwechselnd als Untergrund-, Hoch- und Flachbahn gedacht und wird auf einem großen Doppelhochbahnhof in Bremerhaven-Rehe enden. Die Kosten des Projekts sind auf 30 Millionen Mark berechnet. Der Verkehr wird auf jährlich 2 750 000 Reisende geschätzt. Das Projekt fand günstige Aufnahme.

**Odenburg.** Die Sozialdemokraten werden in den fünf odenburgisch-ostfriesischen Wahlkreisen folgende Kandidaten aufstellen: Odenburg I Redakteur Stellung (Lübeck), Odenburg II Buchdruckerbesitzer Hug (Bant), Odenburg III Parteisekretär A. Schulz (Bant), Ostfriesland I Gewerkschaftssekretär Mejer (Bant), Ostfriesland II B. Hug (Bant).

## Aus der Partei.

**Personalien.** Am 1. April wird Genosse Hans Bloch aus der Redaktion des „Vorwärts“ austreten, um in die politische Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ einzutreten.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik in den Kindertagenfabriken in Zeitz. Am Sonnabend ist mit zwei weiteren Firmen Frieden geschlossen worden. Etwa 350 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten zu den neuen Bedingungen. Nach der Zählung am Sonnabend stehen im Streik 417 Holzarbeiter, 320 Metallarbeiter, 171 Schreiner und 132 Lackierer.

Zu der chirurgischen Instrumentenfabrik von Sacriel in Breslau haben alle organisierten Schlosser, Dreher, Schleifer, Mechaniker usw. einmütig die Arbeit wegen schlechter Behandlung niedergelegt.

Der korporative Arbeitsvertrag im Bäcker- und Konditorgewerbe. Die Bäcker- und Konditormeister gehören mit wenigen Ausnahmen zu denjenigen unabhängigen Unternehmern, die sich durch Beschlüsse ihrer Vereinigungen mit aller Macht gegen die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sträuben. Von den Innungsführern wird der Tarifvertrag als eine Schraube ohne Ende betrachtet. Auch in anderer Beziehung haben die rückständigen Elemente im Unternehmertum ihr Möglichstes getan, um den Eingang des Tarifvertrages im Gewerbe zu vereiteln. Grünert sei hierbei an die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises durch die Unternehmer zu dem ausgedehnten Zwecke, Streikbrecher nach Streikorten zu vermitteln. Diese Einrichtung trug den Todesstoß in sich. Als sie zum erstenmal in Funktion treten sollte, fanden sich keine

ehrlosen Elemente, die sich zu dem schändlichen Gewerbe hergaben. Dann probierten die Führer der Unternehmer ihr Glück mit der Gründung einer gelben Streikbrechergarde. Dieser Luxus kostete den Herrschaften manchen harten Taler, aber der beabsichtigte Erfolg blieb selbstverständlich aus. In dieser Zeit hat der Zentralverband der Bäcker und Konditoren die größten Fortschritte gemacht, sowohl in der Mitgliederzunahme, wie auch in Abschlüssen von Tarifverträgen. Von 1905 bis 1910 wurden 215 Verträge mit den Unternehmern oder ihren Organisationen vereinbart. Die Zahl der daran beteiligten Berufskollegen beträgt 26 054. Allein im vorigen Jahre, wo die Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen alle Weinen springen ließen, wurden 62 Verträge für 2 339 Personen vereinbart. Nach einer vorliegenden Zusammenstellung war die Organisation am Jahreschluss an 134 Tarifabschlüssen, die 5125 Betriebe und 13 478 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen, beteiligt. Darunter befinden sich außer einem Reichstarifvertrag, vereinbart mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine, 67 Lokaltarife, mit Unternehmerorganisationen abgeschlossen, und 66 Verträge mit einzelnen Unternehmern vereinbart. Nach dem Mitgliederstand der Organisation berechnet sind von jedem hundert Mitgliedern 59 zu tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Unternehmerorganisationen mit ihrer tariffeindlichen Politik elend Schiffbruch litten, daß dagegen der Tarifgedanke sicher sich Bahn bricht. Dieses Jahr kommen 30 allgemeine und 30 Betriebsverträge zum Ablauf. Dazu kommen noch eine Anzahl Städte, wo jetzt erst die Organisation im Gange ist, zum

erkenntnis an die Unternehmerforderungen zu stellen. Ob die Unternehmern nun einen andern Standpunkt in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einnehmen werden, als das in früheren Jahren der Fall war, ist sehr zweifelhaft. Nach den Äußerungen in ihrer Presse gewinnt es den Anschein, als ob sie aus den Vorgängen nichts gelernt hätten, sondern an ihrem starren Dogma des „Herrn im Hause“ festhalten. Die Arbeiterorganisation ist sich dessen sicher, daß diese rückständigen Ansichten am allerwenigsten dazu angetan sein können, bei der bevorstehenden Tarifbewegung Kämpfe zu vermeiden. Die Unternehmer werden dann aber bald einsehen lernen, daß sie mit ihrem reaktionären Verhalten keine Lorbeeren ernten können.

### Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Urania ist Montag abend um 7 Uhr von Oskars-Hamm auf hier abgegangen.  
Laut Telegramm aus Albo hat D. Finland, ausgehend auf hier erst Montag nachmittag die offene See erreicht.  
D. Vehr Brahe ist gestern mittag in Albo angekommen.  
D. Hansa ist gestern nachmittag in Libau angekommen.  
D. Johanna ist gestern mittag in Libau eingetroffen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellin, Verleger: L. H. Schmarh, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Dienstag morgen 6 Uhr starb nach langen schweren in Geduld ertragenen Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Maria Borgwardt,**  
geb. Burmeister,  
im 62. Lebensjahre.

Tief betrauert und schmerzlich vermisst. Die Hinterbliebenen.  
Selmendorf, den 21. Febr. 1911.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 26. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

**Ein möbl. Zimmer**  
Hartengrube 30.

Zu sofort oder später  
Kottwitzstraße mehrere Drei- und  
Zweizimmerwohnungen  
zu vermieten. Näheres  
Kottwitzstraße 48, pt., r.

Gesucht zum 1. April von älterem  
Ehepaar eine Zweizimmerwohnung  
(Kollentor). Ang. mit Preisang.  
u. B. E. an die Exp. d. Bl.

Ges. z. 1. Okt. c. 3-4-Zimmerwoh-  
nung mit Gasanlage, Burgtor oder  
Sollertor bevorzugt. Preis ca. 300  
b. 320 Mk. Off. erb. u. G. O. Exp.

Damen-Maschen-Anzug (Blumen-  
Mädchen) zu vermieten oder billig  
zu verkaufen  
Schwartauer Allee 157, l.

Ein flotter Maskenanzug (spa-  
nische Tänzerin) zu vermieten  
Brüderstraße 11 a, pt.

Eine flotte Vierländerin zu ver-  
mieten, Preis 250 Mk.  
Glockengießerstraße 50, D., pt.

Damen-Maschen-Kostüme billig  
zu vermieten  
Meierstraße 21.

Elegante Masken-Anzüge für  
Herren u. Damen empfiehlt billigst  
Frau Anna Klempau,  
Hartengrube 33, l.

Umständehalber eine Schlaf- u.  
Wohnstube-Einrichtung billig zu  
verkaufen  
Glandorffstraße 48, II.

Eiserner Regulierofen zu ver-  
kaufen  
Lützowstraße 27.

Ein Sportwagen mit Gummi-  
reifen billig zu verkaufen  
Gneisenaustraße 2, l.

Zu verk. 500 Pfd. Magn.-bon.-Eh-  
kartoff., 100 Pfd. 250 Mk. u. eine  
gr. Wassert. 2 Mk. Vroslaustr. 46, III.

**2 Zugänger zu verk.**  
Trennschlag 15.

**Ein Zugänger zu verk.**  
Schönlampstraße 5.

Verloren am Sonntag Damen-  
uhr m. kurzer Kette. Anbieten. Dem  
ehel. Finder gute Belohnung  
Briesstraße 9, pt.

**Warnung.**  
Da meine Frau mich böswillig  
verlassen hat, warne ich hiermit jeden,  
ihre auf meinen Namen etwas zu  
borgen, da ich für nichts hafte.  
Karl Ehlers.

Unteren Lesern zur Kenntnis, daß  
das Wert

**NAPOLEON**

zunehmend wieder vorrätig ist.  
Preis Mk. 3.—

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

22 Hänchen 22.  
Schweinefleisch  
Rindfleisch  
Kalbfleisch  
Schinken  
Fetter Speck  
Gulasch  
Flouren  
Kachonade  
Kollfleisch

**Mkd. 60 Pf.**  
**Mkd. 70 Pf.**  
**Mkd. 80 Pf.**

**Johann Köhler.**

# Tonhalle.

Lichtbild-Theater.

## Die weiße Sklavin.

Sitten-Drama.

Glänzend gelungene Aufnahmen, wie sie eine Fahrt im Train der dänischen Eisenbahn darstellen, sowie die herrliche Unterfahrt auf der Nordsee lassen uns glauben, die Fahrt selbst mitzumachen. Der erste Akt spielt sich in diesem Rahmen ab, der zweite Akt lernt uns die modernen Londoner Salons kennen; selbst die Dichterin Carmen Sylva (Königin von Rumänien) stellte das Drama als die größte kinematographische Leistung dar, das jede Frau und jedes junge Mädchen sehen müssen.

Anfang 4 Uhr ohne Pause bis 11 Uhr.

Kinder haben keinen Zutritt.

Vorführungsdauer 1 1/2 Stunden.

Rauchen gestattet.

Die Direktion.

## Geschäfts-Eröffnung.

Dem hochgeehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich von heute ab ein  
**Feuerungsgeschäft mit Fuhrwesen**  
eröffnet habe. Geschäftsprinzip ist reelle und prompte Bedienung.

**J. Syska, Depenau 22.**

Telephon 1949.

Als Bezugsquelle feinsten  
**Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurken, Käse etc.**  
empfehlen sich die Firma  
**H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G.m.b.H., Fischergrube 61.**

## Der Ratgeber

für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle  
Angelegenheiten; praktischer Hausarzt  
und Rezeptbuch nebst einem Anhang  
enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechts-  
schreibung, Zinsberechnungs- u. andere  
Tabellen. — 1200 Illustrationen und  
Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.  
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

## Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, den 26. Februar:

Große öffentliche

## Volksmasterade



## Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubecca-Rabattmarken.

## Masken-Kostüme

für Herren und Damen.

L. Langhoff-Schaeffer Ww., Nachf.,  
Untertrave 66, III., b. d. Fischergrube.

Mehl, Futterstoffe,  
Süßfrüchte

Spezial-Geschäft  
**C. Breitstadt,**  
Bestergrube 73.

## Gesangverein „Eiche“.

**Versammlung**  
am Freitag, 24. Febr.  
abends 8 Uhr.  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Abrechnung vom letzten Vergnügen  
3. Bericht vom Gantag in Neu-  
münster.  
4. Verschiedenes.

## Schwartau-Renfefeld

Gemüthliches Beisammensein  
der weiblichen Mitglieder des Sozial-  
demokratischen Vereins  
am Freitag, dem 24. Februar,  
abends 8 Uhr, im Gasth. Trans-  
vonal.  
Der Vorstand.

## Lübecker Verein für Schulgesundheitspflege.

Montag, den 27. Februar 1911,  
abends 8 1/2 Uhr  
im Bildersaal der Ges. z. Beförd.  
gem. Tätigkeit.

Mitgliederabend:

Medizinrat **Dr. Riedel:** Aus dem zweiten

Berichte der Schulärzte.

Dr. med. **Schule und**

**Oskar Meyer:** Schule und

**Skoliose.** Mit Demonstrationen.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

## Arbeiter-Gesangverein

„Amicitia“ Secretz.

Unser Maskenball findet nicht am  
Sonntag, d. 5. März, sondern am  
Sonnabend, d. 4. März statt.

Das Festkomitee.

## Zentral-Hallen

Dankwartstraße 20.

Jeden Donnerstag:

**Großes Tanzfranzöhen.**

Eintritt für Herren 25 Pfg., für  
Damen 10 Pfg., dafür Tanz frei.  
H. Pagel.

## Metropol-Theater.

Breitestraße.

**Heute: Abgründe.**

Das große Sensations-Drama.

## Hansa-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr:

All Abroad Comp.

Das Loch im Strumpf.

Der Detektiv.

Bis hierher u. nicht weiter.

Disziplinar-Arrest.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten wochent. gültig.

## Neues Stadttheater.

Donnerstag, 23. Febr. 7 Uhr.

Boll-Ab. 137. Donnerstag-Ab. 22.

4. Vorstell. im Wagner-Zyklus.

Die Meistersinger v. Nürnberg.

Oper von Richard Wagner.

Freitag, 24. Februar. 7 1/2 Uhr.

Ein Wintermärchen

Schauspiel von W. Shakespeare.

Musik von Fr. v. Flotow.

Sonnabend, 25. Febr. 7 1/2 Uhr.

5. Vorstell. im Wagner-Zyklus.

Gewöhnliche Opern-Preise!

Gastspiel d. Kgl. Kammerängers

**Alois Pennarini**

vom Hamburger Stadttheater.

„Das Rheingold“.

Vorabend aus dem Bühnenfestspiel

Der Ring des Nibelungen  
Von Richard Wagner.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 21. Februar 1911.

131. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Lisco.

Zweite Lesung des Justizetats.

Generaldebatte beim Titel Staatssekretär.

Dr. Belzer (Z.): Die für die Strafrechtskommission ausgeworfenen 120 000 Mk. werden wir gern bewilligen, erwarten aber, daß drei angegebene Rechtsanwälte als ständige Mitglieder in sie berufen werden. Alle Länder sollten sich vereinigen, um schärfer gegen pornographische Darstellungen vorzugehen. Die Energie, mit der Frankreich gegen die Pornographie in der Presse einschreitet, sollten wir uns zum Muster nehmen. Die Hamburgische Bürgererschaft hat einen Gesetzentwurf gegen die Schmutz- und Schundliteratur beim Bundesrat eingereicht; möge er ein wohlwollendes Entgegenkommen finden. (Zust. im Zentr.) Im Volke ist das Vertrauen zur Strafrechtspflege gesunken. Man spricht vielfach von Klassenjustiz. Selbstverständlich sind wir von der Integrität unserer Richter und Staatsanwälte überzeugt, aber doch wird das Wort Klassenjustiz nicht immer frivol gebraucht. Zum Teil liegt der Mangel an unseren Gesetzen, aber auch die „Weltfremdbheit der Richter“ ist nicht immer eine Phrase. Auch wird nicht immer mit Unrecht darüber geklagt, daß die Gerichte in der Beweis- aufnahme bei der Vernehmung von Zeugen beschränkt sind. Klagen muß ich bei den Moabitern vorfinden, daß auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ärztliche Bücher beschlagnahmt worden sind, um die Namen der Verletzten zu erfahren. Derartiges wird hoffentlich durch die neue Strafprozeßordnung unmöglich gemacht werden. Die lange Dauer mancher Senfationsprozesse, so des Allensteiner Prozesses, ist viel besprochen worden; ich kann dem Verhandlungsleiter nicht den Vorwurf eriparen, daß er die Beweisaufnahme zu weit ausgedehnt hat. Mit der Angeklagten wurde, wie übrigens auch in anderen Fällen mit gesellschaftlich hochstehenden Angeklagten, in anderem Tone gesprochen, als mit anderen Angeklagten. Rangunterschiede müssen vor den Schranken des Gerichts aufhören. (Sehr richtig! links.) Auch ist in Allenstein wieder einmal hervorgetreten, daß die Psychiatrie auf dem besten Wege ist, die Strafrechtspflege vollkommen zu ruinieren. Auch im Prozeß Guttenberg glaubt man vielfach an Klassenjustiz; ich bin überzeugt, daß alles geschehen ist, was geschehen konnte, wäre aber dankbar, vom Staatssekretär zu hören, ob Aussicht vorhanden ist, daß der Prozeß wieder aufgenommen wird. Die Begründung mancher Urteile gibt der

Auffassung von der Klassenjustiz

recht. So wurde in Glogau ein Fleischermeister zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, weil seine schlechten Würste auch von der „feineren Kundenschaft“ gekauft wurden, dieser Umstand brachte ihm offenbar einige Wochen mehr ein. (Hört, hört!) In Halberstadt erhielt ein Installateur wegen der Beleidigung der Tochter eines höheren Beamten 9 Monate Gefängnis, in der Begründung wurde gesagt, die Strafe sei hoch ausgefallen, weil die Beleidigte nicht den niederen Ständen angehörte, wo das Ehrgefühl nicht so entwickelt ist. (Leb. Hört, hört!) Das ist eine

haarsträubende Urteilsbegründung.

In Attentat auf die Ehre von zwei Drittel der Töchter unseres Volkes. (Leb. Zust. links.) Die Rechtsprechung muß von sozialem Verständnis und Gemeinschaftsinn getragen sein. (Bravol! Z.)

Dr. Frank-Mannheim (SD.): Ich freue mich, daß die Grissen der Klassenjustiz jetzt auch von bürgerlichen Parteien anerkannt wird. Die Kriminalität eines Volkes hängt mit den wirtschaftlichen Zuständen zusammen. Wichtigster und richtigster ist es, strafbare Handlungen zu verhindern, als zu bestrafen, und das beste Mittel dazu ist die wirtschaftliche Hebung der Massen, die

politische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Ganz unbegreiflich ist es, daß die Regierung in die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs für das Strafgesetzbuch keinen einzigen Sozialdemokraten und Vertreter der Arbeiterklasse berufen hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Deshalb müssen wir hier dazu Stellung nehmen. Der Entwurf sucht unter der Flagge einer Strafrechtsreform ganz gefährliche, reaktionäre Ware einzuschmuggeln. Der Hochverratsparagraf war von jeher ein beliebtes Mittel gegen unbequeme, politische Gegner, eine Liste der in den letzten Jahrzehnten wegen Hochverrat vor Gericht Gestellten wäre eine

Schrentafel der mutigsten Männer.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Freilich wird der Paragraf nur benutzt, um Drohungen einer Verfassungsverwässerung von unten zu bestrafen. Drohungen mit dem Verfassungsbruch von oben bleiben straflos. Bisher mußte der veräterische Willen auf ein bestimmtes Unternehmen gerichtet sein, der neue Entwurf will diese Schranke beseitigen, er will mit Zucht bis zu 2 Jahren denjenigen bestrafen, der zu hochverräterischen Handlungen „aufreizt“. Dieser Begriff der Aufreizung soll jede der Regierung unbequeme Agitation mit dem Brandmal der Ehrlosigkeit bedrohen. Nach der Begründung ist es unangenehm empfunden, daß die geschulten Agitatoren nicht direkt zu strafbaren Handlungen auffordern, sondern sich mit der Aufreizung begnügen (Hört, hört!), die darin besteht, daß sie eine hochverräterische Gesinnung und Stimmung wecken. (Hört, hört!) Der Reichskanzler hat vor einiger Zeit der Sozialdemokratie die moralische Verantwortung für die Vorgänge in Moabit zugeschoben. Wir hätten Gesinnung und Stimmung hervorgerufen, aus der die Exzesse herausgewachsen seien. Wird also der geplante Paragraf Gesetz, so gehört jeder sozialdemokratische Agitator ins Zuchthaus, denn mit jedem Wort wachen wir eine Gesinnung und Stimmung wecken, der die bestehenden Zustände unhaltbar erscheinen. (Leb. Zust. b. d. Soz.) Nach den Reden auf der letzten Versammlung des Bundes der Landwirte würden auch die Herren vom Hansabund getroffen, auch der Bauernbund und die Nationalliberalen, wenigstens eine gewisse Sorte Nationalliberaler, um mit Herrn von Oldenburg zu sprechen. — Ein anderer Paragraf bedroht mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. denjenigen, der öffentlich durch Verbreitung von Schriften zur Begehung von Verbrechen oder Vergehen, oder zu Auflehnungen gegen Verordnungen auffordert oder aufreizt, oder begangene Verbrechen verherrlicht. Dieser Paragraf soll jede Kritik einer Anordnung der Regierung oder Behörde unmöglich machen. Wenn ein Redner die schöne Verkehrsordnung des Herrn von Jagow nicht genal findet,

gehört er ins Gefängnis.

(Heiterkeit.) Die Bestimmung, daß die Verherrlichung von begangenen Verbrechen strafbar sein soll, ist ein alter Lebenshüter aus der Umsturzvorlage,

der durch die Lagerung nicht wertvoller geworden ist.

Vizepräsident Spahn: Der Strafrechtsentwurf hat doch mit dem Titel „Staatssekretär“ nichts zu tun.

Frank (fortfahrend): Ich habe betont, daß kein Sozialdemokrat, kein Arbeitervertreter in die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs berufen ist, und daß wir deshalb unsere Anschauungen über das neue Recht hier zu machen gezwungen sind.

Vizepräsident Spahn: Ich bitte nur Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Titel „Staatssekretär“ zur Verhandlung steht.

Frank (fortfahrend): Ich meine doch, daß der Staatssekretär nicht ohne Einwirkung auf die Zusammenfassung der Kommission ist. Sollte ich mich darin irren, so wäre seine Stellung noch einflußloser, als sie jetzt schon bewertet wird. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) In der Budgetkommission ist ausführlich über diese Frage verhandelt worden. Es soll also künftig strafbar sein, wenn jemand bei der Besprechung von Verbrechen in Rußland auch die Ursachen erörtert, die dazu geführt haben; wenn jemand z. B. über die Ursachen der portugiesischen Revolution spricht. Das

formale bürgerliche Recht war unzweifelhaft auf Seiten von Alphons (Zuruf: Manuel!) Jawohl, von Manuel. (Abg. Leboucq [SD.]: Alphons kommt noch! Heiterkeit.) Aber

das historische Recht war auf Seiten der Hochverräter. (Zust. bei den Soz.) Abtrügens würde auch die Rede des Herrn von Jagow unter diesen Paragrafen fallen, denn mit seiner Verherrlichung der Polizei hat er auch

die Verbrechen verherrlicht.

die von Polizeibeamten in Moabit begangen sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Andere Paragrafen sollen die Arbeiterbewegung niederhalten. Mit 2 Jahren Gefängnis wird bedroht, wer durch gemeingefährliche Drohungen den öffentlichen Frieden stört. Dieser Paragraf soll die Spießbürger schlagen; man denkt dabei an Heines Verse:  
Und als ich über den Gotthardt kam,  
da hört' ich Deutschland schnarchen.  
Es lag und schlief in sicherer Hüt  
von sechsunddreißig Monarchen.

(Hört.) Was ist denn eine gefährliche Drohung?

Jede Anklündigung eines Streiks oder Boykotts

wird von den Spießbürgern als gemeingefährliche Drohung empfunden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein anderer Paragraf erklärt die Teilnahme an einer Verbindung, die einen strafbaren Zweck verfolgt, für strafbar. Daß Verbindungen von Arbeitern den Strafgesetzen zuwiderlaufen, steht nach der Meinung der Regierung fest. Die Worte der deutschen Rechtsprechung, den dolus eventualis, will man jetzt gesetzlich festlegen. Und ein Entwurf, der solche Bestimmungen gegen die Arbeiterbewegung enthält, will gleichzeitig den § 130a, den Kanzel-Paragrafen abschaffen. Wir haben nichts dagegen, denn mit der Polizei kann man eine Weltanschauung nicht bekämpfen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber es ist doch pikant, daß der deutsche Staat in einem Augenblick, wo er von der Kirche besonders zärtlich behandelt wird (Heiterkeit links), sich in den Schutz der Kirche flüchtet, um das Zentrum gegen die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Auch die Gewerkschaftswelt vergißt der Entwurf nicht, mit drei Jahren Gefängnis wird der Streik der Verkehrsarbeiter bedroht. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Die Unternehmer dagegen werden sehr zärtlich behandelt.

Sie sollen auch künftig durch Übertreten von Schutzvorschriften Tausende und Zehntausende verdienen, und nur drei bis fünf Mark Strafe zahlen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch in bezug auf die Justiz scheint Ostelbien eine besondere Stellung einzunehmen. Das Urteil im Falle Becker ist den breiten Massen direkt unverständlich. Obwohl das Gericht anerkennt, daß der Angeklagte gereizt war, erkannte es auf ein Jahr Gefängnis; ohne diese mildernben Umstände hätte es ihn wohl geviertelt. Man hat es dem Angeklagten schwer angerechnet, daß er

einen so hohen Beamten, einen Landrat, beleidigt hat, man fühlt ordentlich, wie den Gerichtshof eine Gänsehaut vor Ehrfurcht

überläuft. (Hört.) Vor dem Gesetz sind alle gleich, nach der Verfassung, aber nicht vor dem Gericht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In Breslau, der Heimat von „Soll und Haben“, hat die Justiz

eine doppelte Buchführung.

Von den fünf verantwortlichen Redakteuren der „Volksmacht“ ist in den letzten 4 Jahren bestraft einer mit 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, einer mit 1 Jahr 2 Monaten und 1200 Mk. Geldstrafe, einer mit 7 Monaten und 1000 Mark Geldstrafe, einer mit 3 Monaten und 400 Mark und der fünfte mit 4 1/2 Monaten und 2000 Mark Geldstrafen, und neun Prozesse schweben noch. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei ist die Sprache der „Volksmacht“ keineswegs verlegend, aber wenn der Staatsanwalt, der sie regelmäßig liest, ein Wort entdeckt, das vielleicht als Beleidigung ausgelegt werden kann — und in welchem Blatte, auch in welcher konservativen Zeitung steht derartiges nicht —, so schießt er die Nummer an den betreffenden Verletzten. Das ist

## Der Mexikaner.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

1. Die verlassene Frau.

In Lima lebte im Jahre 1850 in einem kleinen Häuschen in der Vorstadt eine arme deutsche Schusterfrau, der es außerordentlich knapp zu gehen schien, denn sie war von ihrem Mann verlassen worden und hatte sich nun hier draußen bei einer armen peruanischen Familie einquartieren müssen. Sie ging auch, besonders in deutsche Häuser, plätten und nähen und suchte sich wirklich auf ehrliche Art ihr Brot zu verdienen, wobei sie denn von den wenigen deutschen Familien nach Kräften unterstützt wurde.

Der Mann war — so viel wußte man — im Jahre 48, als die erste Nachricht der in Kalifornien entdeckten Schätze nach Peru drang, plötzlich verschwunden und sollte in Callao — dem Hafen von Lima — kurz vor der Abfahrt eines nach San Francisco bestimmten Schiffes gesehen worden sein. Der Verdacht lag also sehr nahe, daß er sich auf diesem entfernt habe, um, wie Tausend andere, sein Glück in den Minen zu versuchen. Daß er die Frau dabei in den dürftigsten Umständen und fast ohne einen Dollar Geld zurückließ, war natürlich schlecht, aber es wäre doch wohl noch zu entschuldigen gewesen, wenn er sich nur später um sie gekümmert, wenn er nur einmal etwas Geld geschickt oder wenigstens einen Brief geschrieben hätte.

Aber nichts dem Ähnliches erfolgte, und die arme Frau mußte zuletzt die Hoffnung aufgeben, ihren Mann je wiederzusehen und von ihm Hilfe zu erhalten. Allerdings erkundigte sie sich — als nun fast zwei Jahre vergangen waren und viele Peruaner aus den kalifornischen Goldminen zurückkehrten, bei jedem noch nach dem Verlorenen und ob sie ihn nicht in Kalifornien getroffen hätten — aber Kalifornien war groß und die dorthin gegangenen Goldwäscher steten oben in den Gebirgsschluchten, wohin weder Weg noch Steg führte; wer sollte sie dort finden. Man konnte monatelang in ihrer unmittelbaren Nähe sein und bekam sie trotzdem nicht zu sehen. Es wußte ihr auch niemand auch nur den geringsten Trost oder Anhaltspunkt zu geben — sie mußte sich selber trösten, vielleicht kehrte er, wie die meisten sagten, einmal ganz plötzlich mit einem großen Sack voll Gold zurück, und dann hatte alle ihre Not ein Ende. Aber er kann nicht — Woche nach Woche verging, wie

Monat nach Monat vergangen war, und die verlassene Frau beschloß endlich, in ihre Heimat nach Deutschland zurückzulehren, wo ihr noch wohlhabende Verwandte lebten: die einzige Schwierigkeit schien nur die, ein Schiff zu bekommen, das sie für eine mäßige Passage hinüberbrachte. Aber auch das fand sich endlich. Ein in Callao ankommender Hamburger Kapitän hatte von dem Schicksal der Deutschen gehört, und als er sie zufällig einmal bei Bekannten traf und sie ihm ihre Not klagte, erbot er sich freundlich, sie gegen einen sehr mäßigen Preis hinüber zu schaffen.

Viel trug dazu auch ihr Aukeres bei — Frau Wockenheim mußte in ihrer Jugend wirklich einmal schön gewesen sein, und sie war selbst jetzt noch, in den dreißiger Jahren, eine hübsche, stattliche Frau zu nennen. Früher galt sie auch unter den übrigen Handwerkerfamilien für stolz und hochföhrig; sie trug gern seidene Kleider und pugte sich manchmal so heraus, daß man in ihr nie eines Schusters Frau vermutet haben würde. — Das hatte sich freilich jetzt durch ihren Notstand gründlich gelegt; von dem Moment an, wo sie sich abhängig von fremden Leuten fühlte, wurde sie eine ganz andere. Sie ging höchst einfach, nur in die billigsten Stoffe gekleidet und schränkte sich wirklich nach Möglichkeit ein, um nur keine Schulden zu machen. Trotzdem verkehrte sie aber wenig oder gar nicht mit ihresgleichen — mit anderen Handwerkerfrauen — von denen sie auch in der Tat keinen Verdienst erwarten konnte.

Jetzt hatte das überhaupt aufgehört, und sie begann das letzte zu tun, was ihr übrig blieb, um ihre Passage zu bezahlen, nämlich die Aukeres ihres kleinen Hausstandes zu verkaufen. Da aber das zu langsam ging, denn das Schiff wollte segeln, so setzte sie endlich eine Auktion an, auf welcher auch das Handwerksgerät ihres Mannes losgeschlagen wurde. Was sollte sie auch damit machen? Der Verlorene kehrte doch nicht wieder.

In Lima hatte sich indessen das Schicksal der Schusterfrau und ihre Ablicht, Peru zu verlassen, ausgesprochen, und schon aus Mitleiden mit ihrem Schicksal besuchten viele die Auktion, so daß die oft wertlosen Gegenstände noch zu einigermaßen gutem Preis verkauft wurden.

Die Auktion war vorüber; die letzten Sachen waren abgeholt; nur noch ein Koffer und ein Reisefack standen in dem oben Raum, und die Frau hatte eben einen kleinen Knaben aus dem Hause nach einem Peon oder Diener geschickt, um sie forttransportieren zu lassen, als draußen

ein Schritt auf der Treppe laut wurde. Sie glaubte, es wäre der erwartete Packträger, und noch feuzend einen Blick in den Räumen umherwerfend, in denen sie so manche einsame und traurige Stunde verlebte, sagte sie:

„Da, Freund — nehmt die Sachen und tragt sie mir —“

„Berta,“ flüsterte da eine Stimme, die ihr das Blut zum Herzen zurückdrängte, und als sie sich erschreckt danach umwandte, stand ein mit einem Poncho behängener fremder Mann auf ihrer Schwelle. Sie kannte ihn nicht — er trug einen großen dunklen Bart und, den Hut fest in die Augen gezogen, rührte sich auch nicht, und nur als sie ihn erstaunt anstarrte, wiederholte er, mit der nämlichen Stimme das eine Wort, das ihren Herzschlag stocken machte: „Berta!“

„Um der Wunden Christi willen!“ stöhnte die Frau, „wer ist denn das, der — der meinen Namen —“

„Und kennst Du mich nicht mehr?“

„Ja — wach' ich denn oder träum' ich — Casper?“

„Hab' ich mich denn so verändert?“ lachte er und streckte ihr die Arme entgegen, aber mit einem lauten, gellenden Freudenschrei stürzte sie auf ihn zu und umschlang ihn trampfhaft mit ihren Armen.

„Casper! Du bist's — Du — und oh mein Gott, wie lange hast Du mich warten lassen — oh wie ewig lange. Wo, wo bist Du nur gewesen?“

„Und wenn ich ein klein wenig später gekommen wäre,“ lächelte der Mann, ohne die Frage für jetzt zu beantworten, „so hätte ich Dich am Ende gar nicht mehr getroffen. Du wolltest verreisen —“

„Nach Deutschland zurückkehren!“ rief die Frau, „was sollte ich länger allein hier in dem fremden Land? Ich hielt es nicht mehr aus und mußte Dich ja tot glauben, da Du mir nicht ein einziges Mal geschrieben. Ach, das war nicht recht, Casper.“

„Ja, schreiben,“ nickte dieser, „liebes Kind! Wo ich mich die ganze Zeit herumgetrieben habe, gab es weder Feder noch Tinte noch Papier, viel weniger Posten, und ich hätte einen Brief selber nach San Francisco tragen müssen.“

„So warst Du die ganze Zeit in Kalifornien?“

„Gewiß war ich —“

„Und hast Du Glück gehabt?“

(Fortsetzung folgt.)

ein schlimmer Mißbrauch der amtlichen Stellung. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Derselbe Staatsanwalt erhebt keine Anklage gegen bürgerliche Mütter, welche dieselben Artikel bringen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von unserer Presse verlangen die Breslauer Richter, daß sie jedes Wort auf die Goldwaage legen, sie selbst aber gehen mit der Ehre ihres Nebenmenschen nicht so vorsichtig um. Vor kurzem führte der Redakteur Schiller zu seiner Verteidigung an, daß manchmal auch hohe Beamte, ja Offiziere den Weg zur „Volkswacht“ finden, wenn sie Mißstände abstellen wollen. Darauf erwiderte ihm der Vorsitzende, Landgerichtsrat Munzried: Leute, die das tun, seien christlose Schweinehunde. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Als Schiller in seinem Schlusswort sich gegen diese beleidigende Ausdrücke wehren wollte, was sein gutes Recht war, hinderte der Vorsitzende ihn daran, und drohte mit einer Ordnungsstrafe. (Erneutes Hört, hört!) Wie soll man einen Vorsitzenden nennen, der sich so gegen die Ehre seiner Nebenmenschen auflehrt und einen wehrlosen Angeklagten an der Abwehr der Beleidigung hindert. Ein Mann, der sich so wenig beherrschen kann, ist nicht würdig, Vorsitzender

einer Strafkammer zu sein. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Dieser Fall steht keineswegs vereinzelt, in zahllosen Fällen hat man versucht, Angeklagte, Verteidiger und Zeugen durch Ungebührstrafen einzuschüchtern. Am Oberlandesgericht in Frankfurt fing während des Plädoyers des Anwalts ein Weisiger an zu schreien, und als der Anwalt dies für ungebührlich hielt und das Plädoyer unterbrach, wurde eine Strafe wegen Ungebühr verhängt — gegen den Anwalt! (Hört, hört! links.) Auch in den ersten Stadien des Moabiter Prozesses hagelten die Ungebührstrafen, und noch zuletzt wurde gegen einen Anwalt eine Ungebührstrafe von 100 Mk. verhängt, weil er sagte, die Blutsflecke auf den Rücken der Schulente könnten

durch die Orden nicht verdeckt werden, die man ihnen verleihe. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Ein besonderes Kapitel bildet der Kampf gegen die

**Jugendorganisationen.**  
Es ist „politisch“, wenn die jungen Leute vor den Gefahren des Alkohols gewarnt werden, „politisch“, wenn ihnen sanitäre oder historische Vorträge gehalten werden, „politisch“, wenn die Schmutzliteratur bekämpft wird. Aber nicht politisch ist es, wenn in „christlichen“ und „nationalen“ Jugendvereinen Vorträge über Weltpolitik gehalten werden, nicht politisch ist es, wenn in solchen Vereinen hohe geistliche oder weltliche Herren Vorträge halten. Uns kann es recht sein. Auf diese Weise wird der proletarischen Jugend Anschauungsunterricht über zweierlei Recht erteilt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Neuerdings hat man sich in Köln — wohl schon in einer gewissen Karnevalsstimmung — nicht begnügt, die Jugendorganisation aufzulösen, sondern der dortige Polizeipräsident hat auch gleich die ganze Jugendbewegung aufgelöst. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Man verfolgt heute die proletarischen Jugendvereine, wie man einstmal die Jugendvereine des aufstrebenden Bürgertums, die Burschenschaften, verfolgt hat. Heute wie damals werden sich die kleintlichen Praktiker der Reaktion als machtlos erweisen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Wie erleben im heutigen Preußen Dinge, die arg nach der Kabinetsjulliz des alten Absolutismus schmecken. Kein Wunder! Wir haben ja in Preußen den Absolutismus, wenn auch nicht gerade den aufgelösten Absolutismus. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) So ist es uns denn auch nicht weiter sonderbar, daß der Polizeipräsident Herr v. Jagow sich als oberster Gerichtsherr etabliert. Wie es mit dem Respekt vor der Rechtspflege in den herrschenden Klassen bestellt ist, hat ja auch die „Arbeiter-Zeitung“ gezeigt, die in geradezu schamloser Weise darüber klagt hat, daß bei den Moabiter Prozessen nicht kurzerhand den Angeklagten und der Verteidigung der Mund verboten wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Dierher gehört auch die Zitierung des Landgerichtsdirektors Unger vor den Justizminister. Herr Unger hätte dem Minister einfach erklären sollen: meine Rechtsbelehrung geht Sie garnichts an. (Lebh. Zuf. bei den Soz.) Immer deutlicher tritt das Bestreben hervor, die Justiz in den Dienst der Verwaltung zu stellen. Aus diesem Bestreben entspringt denn auch die

**Bergöttlichung der Polizei.**  
(Sehr wahr! bei den Soz.) Im Widerspruch mit den klaren Absichten des Gesetzgebers, wenigstens des Reichstages, wird jeder Widerstand gegen die Polizei, auch wo die Polizei notorisch rechtswidrig handelt, zum Widerstand gegen die Staatsgewalt getempelt. Nur aus diesem Geist der Bergöttlichung der Polizei heraus ist das schauerliche Urteil von Essen zu verstehen, das gefällt wurde auf Grund der Aussagen des einzigen Wundarman Münter; nur so ist ein Urteil zu erklären, wie das soeben gegen Frau von Gerlach gefällt. Münter ist seitdem entlarvt, und wie glaubwürdig der Polizeileutnant Krüger, der Zeuge im Gerlach-Prozess ist, hat sich gleich nachher gezeigt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gehört zum System, daß der Handhabhaber von Breslau unbestraft geblieben ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gehört zum System, daß nichts verläutet von einer Bestrafung der Polizeipräsidenten von Moabit. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Diese Allgewalt der Polizei ist ein wahrer Hohn auf den Rechtsstaat; dagegen entspringt es völlig dem Begriff eines wahren Rechtsstaates, wenn es in der französischen Konstitution von 1793 kurz und bündig hieß: „Gegen eine Behörde, die gesetzwidrig handelt, ist

**der Aufruf zum Recht und Pflicht des Volkes.**  
(Hört, hört! b. d. Soz.) Bei dieser Abhängigkeit der Justiz von der Polizei ist es nicht zu verwundern, wenn das Vertrauen zur Rechtspflege in immer weiteren Kreisen, auch außerhalb der Sozialdemokratie, schwindet. Vertrauen genießen nur diejenigen Gerichte, deren Mitglieder aus Wahlen hervorgehen, wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mehr und mehr beginnen auch bürgerliche Kreise die Forderung aufzustellen, daß die Richter der Ernennung entzogen und die Gerichte auf Volkswahl basiert werden. Wenn aber die Strömungen die Oberhand gewinnen, die die Justiz noch tiefer in die Abhängigkeit von der Verwaltung drücken wollen, so wird auch der Rest vom Vertrauen zur Rechtspflege im Volke schwinden. (Lebh. Weif. b. d. Soz.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco (schwer verständlich): Dem Verlangen des Reichstags, daß drei Anwälte in die Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs herangezogen werden sollen, wird Rechnung getragen werden. Auf politische Stellung wird bei der Berufung in diese Kommission nicht geachtet. (Na, na! b. d. Soz.) — Die Bestrebungen zur Bekämpfung der Schmutzliteratur finden die volle Sympathie des Reichsjustizamts. — Bei dem Altmeyer-Prozess mögen einige Fehler vorgekommen sein. Aber die Richter sind doch auch Menschen. Je besser die Vorbildung des Richterpersonals ist, desto weniger werden Fehler und Irrtümer vorkommen. — Fürst Galenberg wird wieder vor Gericht erscheinen, wenn sein Gesundheitszustand es erlaubt. (Heiterkeit links.) Vorläufig ist er noch vernunftunfähig. Es ist ja erfreulich, daß jetzt in Essen ein Freispruch erfolgt ist, es liegt aber keine Veranlassung

vor, in der Art und Weise, wie der Vorredner es getan hat, Staatsanwalt, Richter und Geschworene des Essener Prozesses zu schmähen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß der Landgerichtsdirektor Unger vom Justizminister zur Rede gestellt worden ist. (Heiterkeit b. d. Soz.) Protestieren muß ich auch gegen die Angriffe des Dr. Frank auf Staatsanwälte und Richter. (Beifall rechts.)

Dr. Varrenhorst (Apt.): Der Abg. Dr. Frank scheint sehr in das Fahrwasser des Abg. Stadthagen geraten zu sein. Wenn die Breslauer sozialdemokratischen Redakteure scharf bestraft werden, so liegt das nicht an den Richtern, sondern an der unsauberen Feder, die diese Herren Redakteure führen. (Unruhe bei den Soz.) Wie hat die Sozialdemokratie den Jaren beschimpft, der mit seiner kranken Frau nach Deutschland gekommen ist. Wir protestieren gegen solche Schmähereien. (Bravo! rechts, Hört, b. d. Soz.) Die Bonner Studenten hatten doch wirklich nichts Schlimmes getan! (Jurist b. d. Freil. und Soz.) Ich meine nicht die Sache mit der Eisenbahn, sondern den harmlosen Bubenzauber. (Zuruf links.) Die jungen Leute waren betrunken. Trunkenheit ist doch bei Studenten nun einmal nicht selten. (Hört, und Just. b. d. Soz.) Nicht wir tragen die Politik in den Gerichtssaal hinein, sondern die Sozialdemokratie. Die Rechtsanwälte im Moabiter Prozess haben den unwiderstehlichen Mißbrauch mit ihren Rechten getrieben. (Lebhaftes Zustimmung rechts, stürmische Unruhe und Zurufe bei den Sozialdem.) Sie haben die Aufmerksamkeit von den Angeklagten ab und auf die Politik hingelenkt, um die Tatsache zu verschleiern, daß die Sozialdemokratie die moralische Schuld an den Moabiter Vorgängen trägt. (Bravo! rechts, Zurufe b. d. Soz.)

Dr. Alblach (Fp.): Der Fall Becker hat unglaubliche Erregung hervorgerufen, der Vorwurf der Klassenjustiz wird durch solche Urteilsprüche genährt. Wir danken Herrn Becker für seine Bekennerrmut. Es ist unerhört, die Ehrenhaftigkeit Beckers in der Weise, wie es geschehen ist, anzugeifen. Allen vorangetan hat es die „Kreuzzeitung“, auf die das Urteil des Fürsten Bismarck noch heute paßt. Ihre Kampfweise ist skandalös. Angesichts dieses Prozesses wagt man es nun auch noch, das Verteidigungsrecht einzuschränken. Redner geht sodann ausführlich auf die Vorgeschichte und den Verlauf des Becker-Prozesses ein. Nach zwei Stunden unterbricht

Vizepräsident Schulz den Redner und bittet ihn, sich an die Sache zu halten.

Alblach: Dieser Fall ist ein typischer Beweis für meine Behauptung; Sie können mich nicht hindern, ihn vorzubringen, da er im Zusammenhang mit dem Prozess Becker steht. (Sehr richtig! links.)

Vizepräsident Schulz: Das hätten Sie zunächst erwähnen müssen.

Alblach: Dann hat der Präsident nicht zugehört. (Heiterkeit links.)

Vizepräsident Schulz: Ich verbitte mir diese Kritik meiner Geschäftsführung. Ich höre seit zwei Stunden Ihren in sehr totem Zusammenhang mit dem Justizetat stehenden Ausführungen (Sehr richtig! rechts) genau zu und habe bisher das vernünftige, was ich erst jetzt aus Ihrer Bemerkung erfahre, nämlich die Begründung des Zusammenhanges.

Alblach führt weitere Vorkommnisse an und fährt fort: Der Prozess hat ergeben, daß der Landrat der Agent der agrarischen Demagogie ist. Wir protestieren dagegen, daß in öffentlichen Akten vom Landrat gefordert wird, ein Liberaler solle sich rehabilitieren. Wir schätzen es Herrn Becker zum Ruhmestitel, daß Becker sich seine Ehre nicht hat abkaufen lassen mit persönlichen Vorteilen, Titeln und vom Landrat verliehenen Ehren. Das Urteil gegen Becker ist um so unbegreiflicher, wenn man das Urteil in anderen Prozessen mit diesem in Vergleich stellt. In London wurde der Verleumder, der dem König Bigamie vorgeworfen hatte, und in Amsterdam der schmachvolle Missetäter auf Rembrandts Meisterwerk „Nachtwache“ ebenfalls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der Landrat v. Matkahn hat einen Wuchrusseleg erworben, hoffentlich bleibt der Prozess nicht ohne segensreichen Einfluß auf die Entwicklung des deutschen Rechts! (Beifall links.)

Kotz (Wg.): Warum die Linke sich für Herrn Becker so ins Zeug legt, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß sein Vater Bernstein-Becker hieß. (Unruhe links, Zuruf: Weil er das Bernstein-Monopol hatte. Heiterkeit.) — Der Redner wünscht dann eine Neuregelung des Strafollzuges bei Jugendlichen und beschwert sich über die hohen Gerichtskosten bei Prozessen, in denen auf eine geringe Geldstrafe erkannt wird.

Staatssekretär Dr. Lisco bemerkt dem Vorredner, daß die von ihm angeregten Fragen nur mit der Reform des Strafrechts im Zusammenhang gelöst werden können.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 7/7 Uhr.

### Aus der Jugendbewegung.

**Der Kampf gegen die freie Jugendbewegung.** Am Sonntag fand in Köln eine von etwa 1500 jungen Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung statt, die gegen die Auflösungsverfügung des dortigen Polizeipräsidenten protestierte. Die Ausführungen des Genossen Solmann, des Vorsitzenden des Jugendausschusses, der das Zwecklose und Geschwätzige der Auflösung auseinandersetzte, fanden stürmischen Beifall. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die vorgelegte Behörde die logisch und gesetzlich unmögliche Auflösungsverfügung des Kölner Polizeipräsidenten aufheben werde.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Blamage des Ärzteverbandes.** Der Generalsekretär des Ärzteverbandes Dr. Kuhns in Leipzig hatte gegen die Mitglieder des Vorstandes des Krankenkassenverbandes in Bochum Klage erhoben. Der Vorstand des Krankenkassenverbandes hatte behauptet, die Leitung des Ärzteverbandes kämpfe mit unlauteren Mitteln. Dieser Vorwurf gründete sich auf ein Telefongespräch, worin Dr. Kuhns am 6. Januar v. J. bei den Vergleichsverhandlungen in Bochum einem der Ärztevertreter angeraten hatte, nur scheinbar entgegenzukommen, später ließe sich die Sache nach Geschmack drehen. Man müsse mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen. Dieses Telefongespräch wurde von vier Zeugen bestätigt. Demgemäß hielt das Gericht den Wahrheitsbeweis für erbracht und sprach den Angeklagten frei.

### Aus Nah und Fern.

**Bruder Straubingers Liebesglück.** Ein heikles Stücklein befaßt man gegenwärtig in der Wartburgstadt Eisenach. Ein junger Kämmling, wenn auch recht verlottert aussehender Ritter der Landstraße „Kloppe“ vor wenigen Tagen Haus für Haus ab, um eine milde Gabe zu erheischen. Eine im Parterre eines Hauses wohnende Hausfrau hatte den Schnorrer eben abgewiesen und harte ihn noch die Treppe

hinuntersteigen, die Eintretenden läuten, die Tür aufgehen — dann war's still. Wertestunde auf Wertestunde verrannt, nichts ließ sich hören, Bruder Straubinger kam nicht zurück. Da wurde ihr denn doch unheimlich zumute und schon schickte sie sich an, das Haus zu alarmieren, da trat — erst ärmte sie auf — der von der Arbeit heimkehrende Chemann der „bedrängten“ Hausgenossen zur Haustür herein. Ihm erzählte sie in steigender Hast ihr Geschehen. Und mit erklimm der Gatte die Treppe und trat in seine Wohnung ein. Im Entree — keine Spur. In der Küche, im Wohnzimmer — auch da war sie nicht. Mein Gott, was war da passiert? Sollte sie...? Doch nein, nein... Klopfen den Herzens riß der Gatte die Tür zum Schlafzimmer auf, und... Hier gebietet die Delikatesse abzubrechen. Gelagt mag nur noch sein, daß es einen Höllenspektakel gab, Bruder Straubinger mit unheimlicher Schnelligkeit verschwand und, als er in Sicherheit war, sich auf einer Promenadenbank niederließ und selig lächelnd vor sich hinträumte. Das Verhängnis ereilte ihn rasch. Denn er vermochte es nicht, der Stadt den Rücken zu kehren, und drei Tage lang strich er am Hause seiner Erlöse vorbei. Und dabei erwischte ihn die hohe Polizei.

**Auf dem Gise eingebrochen.** Auf einem Leiche in der Nähe von Chemnitz brachen die beiden Knaben eines Fischlers Lorenz aus Gößla ein. Gise Gise gebracht werden konnte, er tranken die beiden.

**Von Löwen zerfleischt.** In Eisenborn wurde der Freier Peterabend, als er im Löwental den Mesnageriebesitzer Adolf Wieser rasierte, von den Löwen angefallen und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb.

**Der Duell-Anflug.** Mit dem Duell-Standal im Kreis Weiskopf, an dem der Graf v. d. Goltz, der Rittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg und der „amtsmüde“ Landrat Graf Wartenstein beteiligt waren, wird sich angeblich nächstens auch die Staatsanwaltschaft, die sich bis jetzt nicht rührte, beschäftigen. Der Kaiser, der in der Affäre als Schiedsrichter angerufen worden war, soll in der weiteren Verlauf „äußerst ungehalten“ sein und den Wunsch ausgesprochen haben, daß zur künftigen Vermeidung ähnlicher peinlicher Vorfälle, die nicht zum geringsten in Folge der Verwirrung entstehen, welche gegenwärtig in der Duellgesetzgebung herrscht, der ganze Komplex des Duellwesens einer gründlichen Revision und Reform unterzogen werde. Von einer Unterdrückung des Duellunfugs, wie das Gesetz sie fordert, ist also keine Rede.

**Ein weißer Hahn unter den Kriegervereinern.** Auf das Ersuchen einer Partei im Nassauischen an den Kriegerverband im Regierungsbezirk Wiesbaden, ihr eine namentliche Liste der in einem Reichstagswahlkreise bestehenden Kriegervereine zu übermitteln, um den Mitgliedern der Kriegervereine ein Flugblatt „Zur Reichstagswahl 1911“ übermitteln zu können, bemerkt der Vorsitzende des Landesverbandes, Oberstleutnant v. Detten (Wiesbaden): „Ich habe diese Liste runterweg abgeschrieben und damit begründet, daß nach unsern Erfahrungen in den Vereinen unter keinen Umständen Parteipolitik getrieben werden dürfe. Würde das Flugblatt den Mitgliedern der Vereine zugestellt werden, so hätte es mindestens den Anschein, als ob man für die Partei Propaganda treiben wolle. Mit demselben Rechte könnten die übrigen bürgerlichen Parteien daselbst beanspruchen.“ Der Vorstand bittet dann die ihm unterstellten Vereinsvorsitzenden, unter keinen Umständen zu dulden, daß parteipolitische Schriften oder Flugblätter in den Vereinsversammlungen zur Kenntnis gebracht und besprochen werden. Hoffentlich werden auch die Publikationen des Reichsverbandes als parteipolitische Schriften angesehen und demgemäß von der Verbreitung ausgeschlossen. Oder geht die Neutralität nicht so weit?

**Polizeizugungen.** In dem Prozess gegen die Frau des demokratischen Politikers v. Gerlach erschien der Polizeileutnant Krüger I in voller Uniform, um Zeugnis gegen die Frau v. Gerlach abzugeben. Jetzt stellt sich heraus, daß Krüger am Verhandlungstage garnicht mehr Polizeileutnant war. Seit mehreren Monaten schwebte gegen ihn ein Disziplinarverfahren, das zunächst seine Suspendierung vom Amt und schließlich seine Amtsenthebung durch Urteil des Disziplinargerichtshofes zur Folge hatte. Die Amtsentlassung erfolgte wegen Verlegens der Vorgesetzten. Krüger hatte vor Jahren dem Polizeimajor Felsl verweigert, er habe keinerlei Schulden, diese Erklärung entsprach aber nicht den Tatsachen, vielmehr soll er in total zerrütteten Vermögensverhältnissen gelebt haben. — Die Vermögensverhältnisse des Polizeileutnants würden natürlich ohne jeden Einfluß auf seine Glaubwürdigkeit bleiben, aber bei der ganz besonderen Würdigung, die Polizeizeugnisse bei den Richtern genießen, hat man ein Recht, falsche Bekundungen einzelner Beamter auch über solche Fragen zu registrieren. Das auffälligste an der Sache ist indessen der Umstand, daß der gewesene Polizeileutnant wahrscheinlich, um mehr Eindruck bei den Richtern zu machen, ohne jede Befugnis in Uniform vor Gericht erschien.

**Nordversuch aus Eiserlucht.** In Bochum ereignete sich gestern eine Eiserluchtstragödie, durch die ein Menschenleben in schwere Gefahr gekommen ist. Wie ein Telegramm meldet, feuerte dort der Eisentücher Kocajinski aus Eiserlucht sechs Revolverkugeln auf seine Geliebte, die neunzehnjährige Katharina Lewes ab. Das Mädchen wurde von vier Schüssen lebensgefährlich verletzt, ins Krankenhaus gebracht. Der Täter ist verhaftet.

**Von Wildbienen erschossen.** Aus Köln wird in einem Telegramm berichtet: Anweit Revala wurde vorgestern früh ein Revierwächter, der mit zwei Jägern eine Wildbienenbande aufspürte, von einem der Wildbienen erschossen. Die Jäger feuerten mehrere Schüsse auf die fliehenden Wilder ab, wobei einer derselben schwer verletzt zusammenbrach und später im Gestrüpp aufgefunden wurde. Der erschossene Wächter hinterläßt eine Frau mit acht unmündigen Kindern.

**Eine Rabenmutter.** In dem böhmischen Dorfe Schrain entdeckte ein Lehrer bei einer siebenjährigen Schülerin, daß die Wulst mit mehreren Stichen in das bloße Fleisch des Rückens eingenaht war. Als Täterin wurde die Mutter verhaftet, welche das Kind erst jüngst aus der Findelanstalt zurückerhalten hatte.

**Vier Mädchen vergiftet.** In St. Petersburg vergifteten sich vier junge Mädchen im Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, und zwar zwei aus unglücklicher Liebe, die anderen beiden aus Not.

**Opfer des Sturmes.** Bei Christiansund sind während des Orkans drei Fischerboote gesunken, wobei elf Männer ertranken.

**Vergifteter Schnaps.** Bei Lublin (Russisch-Polen) brachte ein Hausbesitzer seine drei Brüder mit vergiftetem Schnaps um. Er wurde verhaftet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.



